

Demographischer Wandel in Heidelberg

Maßnahmenvorschläge
der fünf städtischen
Arbeitsgruppen

**Strukturierte Fassung
zur verwaltungsinternen
Abstimmung**

Arbeitsgruppe 1

Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt

Leitung: Frau Domzig (Amt 16)

stellvertr. Leitung: Frau Brich (Amt 50)

Mitglieder

Frau Bopp (Amt 44)

Frau Dießelberg (Amt 13)

Frau Hartwig (Jobcenter Heidelberg)

Frau Hoffmann (Amt 20)

Frau Langbein (Amt 11)

Herr Raab (Amt 51)

Frau Rost (Heidelberger Dienste)

**Priorisierte
Maßnahmen**

Demographischer Wandel in Heidelberg

Arbeitsgruppe 1
Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt



Heidelberg, Oktober 2005

Mitglieder der Arbeitsgruppe



Frau Bopp	(Amt 44)
Frau Dießelberg	(Amt 13)
Frau Erdkamp	(HWE)
Frau Hartwig	(Jobcenter Heidelberg)
Frau Hoffmann	(Amt 20)
Frau Langbein	(Amt 11)
Herr Raab	(Amt 51)
Frau Rost	(Heidelberger Dienste)

Leitung: Frau Domzig (Amt 16)
stellvertr. Leitung: Frau Brich (Amt 50)

②

Heidelberg, Oktober 2005



Wir müssen uns in unserer Stadt darauf einstellen, dass wir „weniger“, „älter“ und „bunter“ werden.

3

Heidelberg, Oktober 2005



„Weniger“
erzeugt einen ganz neuen Stellenwert von

**ELTERNSCHAFT
CHANCENGLEICHHEIT
QUALIFIKATION
INTEGRATIONSKOMPETENZ**

4

Heidelberg, Oktober 2005



„Älter“
erzeugt einen ganz neuen Stellenwert des
WISSENS vom Altern, des
UMGANGS mit den realen Potenzialen Älterer

5

Heidelberg, Oktober 2005



„Bunter“
erzeugt einen ganz neuen Stellenwert von
SOZIALER OFFENHEIT
und
INTEGRATIONSKOMPETENZ

6

Heidelberg, Oktober 2005



FAZIT

Höchste Priorität für **BILDUNGSPOLITIK**

Die Trennungen zwischen **ÖFFENTLICHEN / ÖKONOMISCHEN** und **PRIVATANGELEGENHEITEN** müssen neu gedacht und strukturiert werden

7

Heidelberg, Oktober 2005



Bildung und Qualifizierung

- ◆ konsequente Intensivierung und zeitgemäße Anpassung des Einsatzes für Bildung und Qualifizierung

Arbeit

- ◆ neuer Umgang mit „Elternschaft“, „Alter“ und den Gefahren „sozialer Polarisierung“ oder „Parallelgesellschaften“

8

Heidelberg, Oktober 2005

Ausbau der kommunalen Beschäftigungspolitik

Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf



AG 1

Maßnahme:

- ◆ Entwicklung eines Konzeptes zum Thema Übergang Schule und Beruf für alle Heidelberger Haupt- und Realschulen gemeinsam mit den betroffenen Schulen, Arbeitgebern und Agentur für Arbeit,
 - Jährliche Ausbildungs- und Informationsbörse
 - Mentorenprogramm „Alt hilft Jung“.

Begründung:

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden sich Veränderungen im Hinblick auf Nachfrage und Angebot an qualifizierten Arbeitskräften ergeben. Deshalb ist es wichtig, Schülern bei der Wahl ihrer beruflichen Ausbildung frühzeitig zur Seite zu stehen und sie über Ausbildungsbedarfe, berufliche Angebote sowie Anforderungen zu informieren.

11

Heidelberg, Oktober 2005

Leistungs- und Innovationsfähigkeit erhalten

Prozess des lebenslangen Lernens anstoßen bzw unterstützen



AG 1

Maßnahme:

- ◆ Beschluss einer Zielvereinbarung zwischen Stadt und Volkshochschule über den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots zur beruflichen Fort- und Weiterbildung

Begründung:

Das Angebot an Erwerbspersonen wird zukünftig sinken. Das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften wird immer mehr an Bedeutung als Standortfaktor gewinnen.

12

Heidelberg, Oktober 2005

Ausbau der kommunalen Arbeitsmarktpolitik für
benachteiligte Personengruppen
Förderung der Jugendbeschäftigung



Maßnahme:

- ◆ Ausbau des AZUBI-Fonds der Heidelberger Dienste

Begründung:

Es muss erklärtes Ziel sein, eine optimale Förderung wirklich aller Ressourcen und Talente zu ermöglichen, um der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Um allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, ist eine Unterstützung wie der Azubi Fonds für Benachteiligte notwendig.

13

Heidelberg, Oktober 2005

Ausbau der kommunalen Arbeitsmarktpolitik für
benachteiligte Personengruppen
Beschäftigungs- und Bildungsangebote für ältere Arbeitslose



Maßnahme:

- ◆ Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt „50+“ durch Heidelberger Dienste in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Heidelberg entwickeln

Begründung:

Durch den demographischen Wandel wird das Angebot an Erwerbspersonen sinken. Die Arbeitgeber werden die vorhandenen Potentiale ‚älterer‘ Arbeitskräfte wieder für sich entdecken. Deshalb müssen die bislang hinsichtlich Qualifizierung unterversorgten ‚älteren‘ Arbeitslosen gezielte Angebote erhalten, um ihre Chancen auf Reintegration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

14

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg als Magnet für Unternehmen, InvestorInnen, Spitzenkräfte, qualifizierte Fachkräfte und / oder junge Familien präsentieren - Entwicklung eines professionellen, zielorientierten Stadtmarketings



Maßnahme:

- ◆ Erarbeitung einer vernetzten, koordinierten Marketingstrategie durch die Verwaltung mit Schwerpunkt auf einer Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen, Herausarbeitung der Alleinstellungsmerkmale, Verbesserung der Präsentation nach außen

Begründung:

Im Zuge der demographischen Entwicklung verschärft sich der Wettbewerb um Unternehmen, InvestorInnen, Spitzenkräfte, qualifizierte Fachkräfte und/oder junge Familien. Deshalb ist eine klare Positionierung und eine überzeugende Darstellung der Alleinstellungsmerkmale (USP) Heidelbergs als attraktive Stadt für diese Zielgruppen notwendig.

15

Heidelberg, Oktober 2005

Stadtverwaltung Heidelberg als vorbildhafter Arbeitgeber
Herstellung eines Konsens über die Anforderungen der demographischen Entwicklung für die Personal- und Organisationsentwicklung innerhalb der Verwaltung



Maßnahme:

- ◆ Abschluss einer Zielvereinbarung zu Schwerpunktthemen wie
 - Aufbau eines Generationennetzwerkes (M 14)
 - Verbesserung der Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (M 12)
 - Erhaltung von Motivation und Flexibilität berufserfahrener MitarbeiterInnen (M 13)
 - Entwicklung des eigenen Führungskräftepotenzials (M 18)

Begründung:

Die Stadtverwaltung muss Vorbild sein, um andere Arbeitgeber in Heidelberg zu animieren, die Chancen des demographischen Wandels zu nutzen.

16

Heidelberg, Oktober 2005

Ausbau der kommunalen Beschäftigungsförderung

Mit neuer Unternehmenspolitik den demographischen Wandel meistern



Maßnahme:

- ◆ Organisation eines nachhaltigen Dialogs mit Unternehmen und Schlüsseleinrichtungen in Heidelberg, insbesondere zu den Themen
 - Ausbau der Kinderbetreuung von 0 bis 14 Jahren
 - familienbewusster Arbeitszeiten
 - konsequentes Management für Chancengleichheit
 - längere Integration älterer ArbeitnehmerInnen
 - Anlaufstelle für Rückkehrwillige
 - neue Märkte durch den demographischen Wandel

Begründung:

Die Organisation eines nachhaltigen Dialogs erhöht die Chance erfolgreicher Anpassung an die Herausforderungen des demographischen Wandels und damit die Positionierung von Heidelberg im internationalen Wettbewerb um qualifizierte ArbeitnehmerInnen.

17

Heidelberg, Oktober 2005

Ausbau der kommunalen Beschäftigungsförderung

Mit neuer Unternehmenspolitik den demographischen Wandel meistern



Maßnahme:

- ◆ Befragung bei Heidelberger ArbeitgeberInnen und Schlüsseleinrichtungen über „demographiesensible“ Instrumente der Personal- und Organisationsentwicklung mit anschließender Beratung der Ergebnisse und Unterstützung von Kooperationen

Begründung:

Damit Heidelberg sich im Wettbewerb der Standorte als internationaler Magnet für Eltern, hoch-/ qualifizierte Fach-, Führungs- und Spitzenkräfte genauso wie für Rückkehrwillige aus dem Ausland erweist, sollte die Stadt den Anstoß dafür geben, dass die unternehmenspolitischen Weichen für eine entsprechende Personal- und Organisationsentwicklung rechtzeitig gestellt werden.

18

Heidelberg, Oktober 2005

Arbeitsgruppe 2

Stärkung der Familien, Humandienstleistung und Anpassung der Infrastruktur

Leitung: Frau Haas-Scheurmann (Amt 50)
stellv. Leitung: Frau Emer (Amt 51)

Mitglieder

Frau Denne (Amt 51)
Frau Eberhard (Amt 41)
Frau Fabig (Amt 50)
Herr Heck (HWE)
Herr Hofmann Amt 31)
Frau Ott (Amt 15)
Herr Sommer (Amt 61)

**Priorisierte
Maßnahmen**

Demographischer Wandel in Heidelberg

*Arbeitsgruppe 2
Stärkung der Familien, Humandienstleistung
und Anpassung der Infrastruktur*



Heidelberg, Oktober 2005

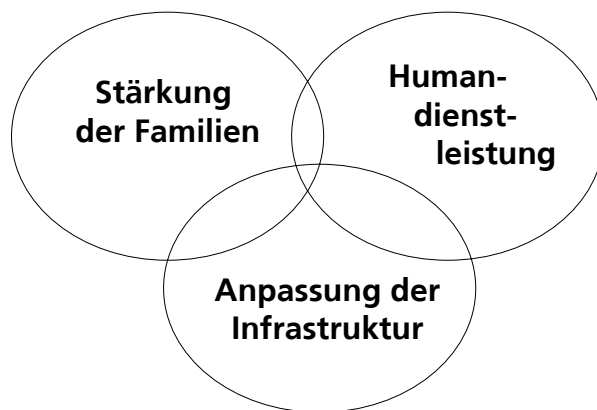
Mitglieder der Arbeitsgruppe



Leiterin: Frau Haas-Scheuermann	Amt für soz. Angelegenheiten und Altenarbeit
stellv. Leiterin: Frau Emer	Kinder- und Jugendamt
Frau Denne	Kinder- und Jugendamt
Frau Eberhard	Kulturamt
Frau Fabig	Amt für soz. Angelegenheiten und Altenarbeit
Herr Heck	HWE
Herr Hofmann	Amt für Umweltschutz, Gewerbe- aufsicht und Energie
Herr Kettemann	Verkehrsreferat
Frau Ott	Bürgeramt
Herr Sommer	Stadtplanungsamt

②

Heidelberg, Oktober 2005



Stärkung der Familien

Ziel: Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas für Kinder, Jugendliche und Familien



Strategie:

Optimierung der Rahmenbedingungen für Betreuung, Erziehung und Bildung, damit ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen garantiert ist.

Begründung:

Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen ist zwingende Voraussetzung um der Überalterung der Gesellschaft entgegen zu wirken. Unter dem Blickwinkel einer kinder- und familienfreundlichen Stadt heißt dies flexible Kinderbetreuungsangebote zu schaffen. Familien vermitteln gesellschaftliche und kulturelle Werte und Normen an die nachfolgende Generation. Daher ist es wichtig, die gesellschaftlichen Grundlagen für eine Entscheidung für Kinder und für ein Leben als Familie zu verbessern. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Qualitätsentwicklung im Bereich Erziehung und Bildung zu.

Stärkung der Familien

Ziel: Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas für Kinder, Jugendliche und Familien



AG 2

Maßnahmen:

- ◆ Quantitativer und qualitativer Ausbau der stadtteilbezogenen Angebote zur bedarfsorientierten, ganzjährigen, ganztägigen Betreuung für Kinder und Jugendliche, die flexibel buchbar sind (Lfd. Nr. 11, M 1)
- ◆ Qualifizierte und umfassende Information, Beratung und Unterstützung bei Fragen zu Sexualität, Partnerschaft, Elternschaft und Elternverantwortung (Lfd. Nr. 12, M 2)

5

Heidelberg, Oktober 2005

Humandienstleistung

Ziel: Ausbau eines ambulanten Netzwerkes zur Stärkung der häuslichen Versorgung und Pflege



AG 2

Strategie:

Bedarfsorientierte Weiterentwicklung von Dienstleistungs- und Pflegestrukturen einhergehend mit der Stärkung und Vernetzung des sozialen Umfeldes

Begründung:

Mit der Zahl der Hochaltrigen nimmt zeitgleich auch die Zahl der Betreuungs- und Pflegebedürftigen zu. Im Sinne einer Stabilisierung noch vorhandener familiärer Pflegepotentiale ist es erforderlich eine umfassende Beratung der Betroffenen und ihrer Familien zu erreichen. Daneben müssen bereits wegbrechende familiäre Strukturen (Singularisierung) durch neue tragfähige Modelle unter Beteiligung aller ersetzt werden, damit bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und teure Heimaufenthalte vermieden werden können.

6

Heidelberg, Oktober 2005

Humandienstleistung

Ziel: Ausbau eines ambulanten Netzwerkes zur Stärkung der häuslichen Versorgung und Pflege



AG 2

Maßnahmen:

- ◆ Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen und Schaffung von intergenerativen und stadtteilbezogenen Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten auch zur Entlastung von pflegenden Angehörigen (Lfd. Nr. 13, M 3)
- ◆ Stadtteilbezogener Ausbau der ambulanten, teilstationären und stationären Betreuungsangebote unter besonderer Berücksichtigung von Demenzkranken und altersverwirrten Personen (Lfd. Nr. 14, M 3)

7

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Teilhabe am öffentlichen Leben unter optimaler Nutzung vorhandener Infrastruktur bei gleichzeitiger Vernetzung der Generationen



AG 2

Strategie:

Regelmäßige interdisziplinär und intergenerativ besetzte Stadtteilkonferenzen zur Bestandsaufnahme, Bewertung und Optimierung vorhandener Ressourcen sowie Eruiierung weiterer Bedarfe und deren Umsetzungsmöglichkeit

Begründung:

Intergeneratives Miteinander ist meist nicht mehr natürlich vorhanden. Daher muss es „künstlich“ gefördert werden um Verständnis bzw. Zugangsmöglichkeiten untereinander und generationsübergreifend zu schaffen.

Parallel dazu wächst der Anteil der älteren Bevölkerung und macht die Anpassung des Angebots bei gleichzeitiger Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen erforderlich.

8

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Teilhabe am öffentlichen Leben unter optimaler Nutzung vorhandener Infrastruktur bei gleichzeitiger Vernetzung der Generationen



Maßnahmen:

- ◆ Schaffung der Zugangsvoraussetzungen durch Bring- und Holddienste, Entlastungsangebote für die Versorgung betreuungsbedürftige Angehöriger und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Lfd. Nr. 15, M 4)
- ◆ Stadtteilkonferenzen zur Weiterentwicklung der stadtteilbezogenen und bedarfsorientierten Angebote im Bereich Bildung, Kultur, Sport und Mobilität (Lfd. Nr. 16, M 4)

9

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Stärkung eines aktiven und solidarischen Stadtlebens (z. B. Stadtteilzentren)



Begründung:

In einer immer stärker individualistisch geprägten Gesellschaft ist es notwendig, das solidarische Bewusstsein und die Eigenverantwortung zu fördern.

Weiterhin gilt es das soziale Miteinander bewusst zu machen, indem der Stadtteilbezug gestärkt wird, ohne ausschließlich fertige Gegebenheiten anzubieten, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Eigeninitiative zu fördern.

Gute Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote, die den Gegebenheiten in den Stadtteilen und der demographischen Entwicklung angepasst sind, gehören zum Selbstverständnis einer guten Lebensqualität.

10

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Stärkung eines aktiven und solidarischen Stadtlebens
(z. B. Stadtteilzentren)



AG 2

Maßnahmen:

- ◆ Erweiterung der Beteiligungsformen für alle Generationen durch Schaffung entsprechender Anlaufstellen, die beratende, koordinierende und unterstützende Funktionen übernehmen und initiativ handeln sowie Starthilfe bei Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern geben. (Lfd. Nr. 17, M 5)
- ◆ Kontinuierlicher Ausbau des Angebotes in den Bürgerämtern zu Stadtteilzentren mit bedarfsorientierten Dienstleistungen, Beratung, Vermittlung von Unterstützung und weiteren Serviceleistungen für alle Generationen orientiert an den jeweiligen Gegebenheiten des Stadtteils (z. B. Bürgerzentrum Kirchheim) (Lfd. Nr. 18, M 6)

11

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Anpassung des öffentlichen Raums an veränderte Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren



AG 2

Begründung:

Sinkende Bevölkerungszahlen werden dazu führen, dass der Bürger seinen Wohnort noch stärker als bislang von dessen Angeboten abhängig macht. Ausreichender und attraktiv gestalteter „Öffentlicher Raum“ trägt maßgeblich zu Standortstärkung bei.

Daneben gilt es generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, da diese natürlich gewachsen zunehmend seltener vorhanden sind.

Weiterhin könnte dies ein Baustein sein die Geburtenrate positiv zu beeinflussen, wenn es hierüber gelingt die Angebote für Familien qualitativ zu verbessern.

12

Heidelberg, Oktober 2005

Anpassung der Infrastruktur

Ziel: Anpassung des öffentlichen Raums an veränderte Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren



AG 2

Maßnahme:

- ◆ Ausreichende Anzahl zu Fuß erreichbarer, barrierefreier Grünanlagen auch als intergenerativer Begegnungsraum mit Bewegungsflächen und Spielgeräten für alle Generationen schaffen auch unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten (Lfd. Nr. 19)

13

Heidelberg, Oktober 2005

Schaffung eines neuen Stadtteils „Bahnstadt“



AG 2

Strategie:

Bereits in der Planungsphase sowie in den anderen Zielfeldern die Belange Kinder, Jugendlicher und Erwachsener zu berücksichtigen. Dies gilt nicht nur, aber in besonderem Maße für die Bahnstadt.

Begründung:

Der Bau und die Ausgestaltung eines neuen Stadtteils bietet die Chance einerseits auf gut funktionierende bewährte Strukturen zurückzugreifen aber auch notwendige Ergänzungen und Neuentwicklungen von Beginn an zu berücksichtigen. Durch die frühzeitige Einbindung aller Bevölkerungsgruppen kann ein Stadtteil entstehen, der den Zuzug begünstigt und damit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und einer damit einhergehenden Überalterung entgegenwirkt. Je attraktiver, „bezahlbarer“, kinder-, familien- und seniorenfreundlicher der neue Stadtteil ausgestaltet wird um so eher wird dies gelingen.

14

Heidelberg, Oktober 2005

Schaffung eines neuen Stadtteils „Bahnstadt“

**Maßnahmen:**

- ◆ Aufbau eines Quartiersmanagement begleitet und ergänzt durch Patenschaften in unterschiedlichen Themenbereichen z.B. durch politische Parteien, Kirchengemeinden, Vereine und andere gesellschaftliche Gruppierungen (Lfd. Nr. 20, M 9)

- ◆ Multifunktionale Nutzbarkeit von Räumlichkeiten (Stadtteilzentrum) und Strukturen (Grünflächen) unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Intergenerativ, zentrale Lage, Sicherheitsaspekte, Barrierefreiheit (Lfd. Nr. 21, M 9)

15

Heidelberg, Oktober 2005

Arbeitsgruppe 3

Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung

Leitung: Herr Krapp (Amt 61)
stellvertr. Leitung: Herr Dietz (Amt 23)

Mitglieder

Frau Bussemer (Amt 51)
Herr Kraus (GGH)
Frau Lorenz (Amt 61)
Herr Lucke (Amt 63)
Herr Polivka (Amt 20)
Frau Weiß (Amt 50)

**Priorisierte
Maßnahmen**

Demographischer Wandel in Heidelberg

Arbeitsgruppe 3

Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung



Heidelberg, Oktober 2005

Mitglieder der Arbeitsgruppe



- | | |
|----------------------|--|
| 1. Ralf Krapp | - Stadtplanungsamt |
| 2. Gerald Dietz | - Amt für Liegenschaften |
| 3. Christel Bussemer | - Kinder- und Jugendamt |
| 4. Gerald Kraus | - GGH |
| 5. Karin Lorenz | - Stadtplanungsamt |
| 6. Klaus Lucke | - Amt für Baurecht und
Denkmalschutz |
| 7. Wolfgang Polivka | - Kämmereiamt |
| 8. Ulla Weiß | - Amt für Soziale Angelegenheiten
und Altenarbeit |

②

Heidelberg, Oktober 2005

Ziele der Arbeitsgruppe



- **WOHNEN FÜR ALLE:**
Bedarfsgerechten Wohnraum schaffen - Erreichen einer Balance für alle Bevölkerungsschichten
- **WOHNEN FÜR FAMILIEN MIT KINDERN:**
Umlandabwanderung entgegenwirken und Zuzug fördern
- **FLEXIBILITÄT** bei privaten und öffentlichen Gebäuden, Variabilität in der Nutzung
- **SENIOREN- UND BEHINDERTENGERECHTES WOHNEN** schaffen und erhalten
- **ÖFFENTLICHER RAUM:** Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen - Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungsgruppen
- **PRIVATER RAUM:** Gestaltung und Attraktivitätssteigerung des privaten Umfeldes
- **FLÄCHENRECYCLING:** Freiwerdende Flächen effektiv und städtebaulich sinnvoll nutzen
- **ZENTRALE VERSORGUNG:**
Stärkung der Versorgungsfunktion und Fördern wohnortnaher Versorgung
- **SIEDLUNGSENTWICKLUNG:** Dem Trend zur Zersiedelung entgegensteuern

3

Heidelberg, Oktober 2005

Lfd. Nr. 22

WOHNEN FÜR ALLE

Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums
Erreichen einer Balance für alle Bevölkerungsschichten



Maßnahme:

- ◆ Schnelle Realisierung der Bahnstadt


Begründung:

Die Bahnstadt ist das große Schlüsselement für die weitere Entwicklung der Stadt und eine ganz wichtige actio/reactio der Stadt auf den demographischen Wandel.

4

Heidelberg, Oktober 2005

WOHNEN FÜR ALLE
 Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums
 Erreichen einer Balance für alle Bevölkerungsschichten



Maßnahme:

- ◆ Abbau von Sanierungs-, Umbau- und Abrisshemmnissen durch vermittelnde und beschleunigende Moderation
- ◆ Konzepterstellung durch die Sozialplanung; Einrichtung einer Stelle eines Gesamtsozialplaners als Stabsstelle des Dezernates III


Begründung:

- ◆ Ein Großteil des Wohnungsbestands in Heidelberg ist in baulicher, qualitativer und energetischer Hinsicht nicht mehr zeitgemäß. Sinnvolle Maßnahmen im Bestand scheitern aber oftmals schon am Entscheidungsweg oder an Auflagen. Mit geeigneter Moderation, angesiedelt beim Technischen Bürgeramt, können Konfliktpotenziale im Vorfeld erkannt und kanalisiert werden.
- ◆ Der Sozialplaner soll die Stabilisierung einer ausgewogenen sozialen Durchmischung gewährleisten.

5

Heidelberg, Oktober 2005

WOHNEN FÜR FAMILIEN MIT KINDERN
 Umlandabwanderung entgegenwirken und Zuzug fördern



Maßnahme:

- ◆ Aufstockung des Wohnungsentwicklungsprogramms (WEP) und Bereitstellung erforderlicher zusätzlicher Haushaltsmittel

Begründung:
 Heidelberg sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, das große Flächenangebot und die Attraktivität der Nachbargemeinden zu kompensieren, damit insbesondere Familien mit Kindern nicht in diese abwandern.

6

Heidelberg, Oktober 2005

FLEXIBILITÄT

bei privaten und öffentlichen Gebäuden, Variabilität in der Nutzung



AG 3

Maßnahme:

- ◆ Flexible Gebäudenutzung bei Gebäuden der öffentlichen Hand, freier Träger und privater Bauherren fördern und ggf. sicherstellen durch
 - Selbstbindung - vertragliche Verpflichtung - Öffentlichkeitsarbeit

Begründung:

Um der demographischen Entwicklung, einem wirtschaftlichen Einsatz der Ressourcen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht werden zu können, sollten Wohn- und Infrastrukturbauten in ihrer Nutzung variabel sein. Eine Kindertageseinrichtung zum Beispiel muss auch als Familienzentrum oder gar als Freizeitstätte für Senioren nutzbar sein.

7

Heidelberg, Oktober 2005

SENIOREN- UND BEHINDERTENGERECHTES WOHNEN

schaffen und erhalten - Folie 1



AG 3

Maßnahme:

- ◆ Umwandlung des Wohnservice für Ältere in eine Fachstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ (Arbeitstitel) angesiedelt im Technischen Bürgeramt, mit den auf *Folie 2* beschriebenen Handlungsfeldern:

Begründung:

Der Bedarf an Wohnungen wird steigen. Mit Neubaumaßnahmen kann dem nur unzureichend begegnet werden. Bleibt die Selbstständigkeit in den eigenen Wänden erhalten oder wird sie durch geeignete Maßnahmen wieder hergestellt, können Versorgungskosten vermieden oder gemindert werden. Die Fachstelle ist Anlaufstelle nicht nur für Senioren, sondern erreicht durch die neue Anbindung auch jüngere Menschen, Planer und Handwerker, Investoren und weitere Multiplikatoren.

8

Heidelberg, Oktober 2005

SENIOREN- UND BEHINDERTENGERECHTES WOHNEN schaffen und erhalten - Folie 2



AG 3

HANDLUNGSFELDER

- ◆ Auf- und Ausbau eines Wohnungskatasters
(Bestandsuntersuchung, Datenaufbau, ggf. Vermittlung geeigneter Wohnungen)
- ◆ Wohn- und Wohnanpassungsberatung mit Maßnahmebegleitung
(Einzelfallhilfe)
- ◆ Beteiligung bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen
(beratende Funktion)
- ◆ Beteiligung bei der Planung von neuen Wohnformen,
z.B. Betreutes Wohnen, gemeinschaftliche Wohnprojekte
- ◆ Transparenz und Qualität der Wohnangebote sichern
(Qualitätssiegel Ba-Wü - beratende Funktion)
- ◆ Gemeinschaftliche Wohnprojekte
(Ansprechpartner, Informationsgeber und Koordinator für Baugemeinschaften;
Anregen der Schaffung von Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten)
- ◆ Umfassende Öffentlichkeitsarbeit
(Flyer, Broschüren, Veranstaltungen u.a.)

9

Heidelberg, Oktober 2005

Lfd. Nr. 28 + 29 + 30

M 19, 23, 22

ÖFFENTLICHER RAUM / PRIVATER RAUM

Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen,
Gestaltung und Attraktivitätssteigerung des privaten Umfeldes



AG 3

Maßnahmen:

- ◆ Erstellen eines Gesamtkonzeptes für den öffentlichen Raum
in Heidelberg (Lfd. Nr. 28, M 19)
- ◆ Schaffung eines multifunktionalen und generationenübergreifenden
„Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsraumes“ in der Bahnstadt (Lfd. Nr. 29, M 23)
- ◆ Auslobung eines „Hinterhof-Wettbewerbs“ (Lfd. Nr. 30, M 22)

Begründung:

Durch die Aufwertung und vielfältigere Nutzung des öffentlichen Raumes
unter Mitwirkung der Bürger kann eine Stärkung der Identifikation mit dem
Stadtteil und der Gesamtstadt erfolgen.

In der Bahnstadt gibt es die Möglichkeit, hier ein richtungsweisendes
Beispiel zu geben.

Die Bewohner/innen können in Eigeninitiative durch einen Wettbewerb
angeregt werden, in privaten Begegnungsstätten wie z.B. Hinterhöfen,
Kommunikations- und Aufenthaltsräume zu schaffen.

10

Heidelberg, Oktober 2005

FLÄCHENRECYCLING –

freiwerdende Flächen effektiv u. städtebaulich sinnvoll nutzen



AG 3

Maßnahmen:

- ◆ Erstellen eines Konzepts zum Flächenrecycling für freiwerdende innerstädtische Flächen

Begründung:

Erforderlich ist eine städtebauliche Konzeption und die Fortschreibung der vorhandenen Entwicklungsplanungen (Siedlungsstrukturkonzept, Flächenstrukturkonzept, Modell Räumliche Ordnung), um auf zu erwartende Nutzungsänderungen vorbereitet zu sein. Heidelberg sollte alle Flächen nutzen, um Zuzug zu fördern und Flächen für Maßnahmen vorhalten, die dem demographischen Wandel gerecht werden und dem Ziel, Innen- vor Außenentwicklung Rechnung tragen.

11

Heidelberg, Oktober 2005

ZENTRALE VERSORGUNG

Wohnortnahe Versorgung fördern und sichern



AG 3

Maßnahme:

- ◆ Alte Bebauungspläne mit Misch- und Gewerbegebieten (vor 1990) ändern und an zur Zeit gültige BauNVO anpassen

Begründung:

Bei Bebauungsplänen vor 1990 kommt es vor, dass auch großflächiger oder sich negativ auswirkender Einzelhandel außerhalb von Kerngebieten oder Sondergebieten zulässig ist. Es soll mit der Maßnahme erreicht werden, dass sich diese Betriebe in den Kerngebieten ansiedeln, um die jeweiligen Zentren in ihrer Versorgungsfunktion zu stärken und die Stadt der kurzen Wege zu fördern.

12

Heidelberg, Oktober 2005

SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Dem Trend zur Zersiedelung entgegensteuern Innen- vor Außenentwicklung



AG 3

Maßnahme:

- ◆ Entwicklung eines Prüfungsrahmens für die Flächenentwicklung des Nachbarschaftsverbandes.

Begründung:

Die Vertreter der Verbandsgemeinden sind in erster Linie ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet und haben primär das lokale Wohl und weniger überregionale Interessen im Sinn. Mit der Schaffung eines objektiven Prüfrahmens zur Beurteilung der Flächenanmeldungen, kann dieses politische Kalkül zum Wohl des gesamten Verbandes umgangen werden.

13

Heidelberg, Oktober 2005

Arbeitsgruppe 4

Weichenstellung in der Integrationspolitik

Leitung: Frau de Wit (Amt 32)
stellv. Leitung: Herr Reinhard (Amt 50)

Mitglieder

Herr Bartmann (Amt 52)
Frau Beyerer (Amt 32)
Frau Fliedne (Amt 51)
Frau Hube (Amt 32)
Frau Dr. Kronabel (02)
Frau Sontheim (Amt 51)

Externe Partner/innen:

Frau Jarhaus-Michy oder
Frau Farrenkopf (Diakonisches Werk HD)
Herr Bareuther oder
Herr Streng (Internationaler Bund HD)

**Priorisierte
Maßnahmen**

Demographischer Wandel in Heidelberg

Arbeitsgruppe 4
Weichenstellung in der Integrationspolitik



Heidelberg, Oktober 2005

Mitglieder der Arbeitsgruppe



Leiterin der Arbeitsgruppe:

Frau Carola de Wit
Amt für öffentliche Ordnung

stellvertretender Leiter:

Herr Bernd Reinhard
Amt für soziale Angelegenheiten
und Altenarbeit

Externe Partner/innen:

Frau Ellen Jahraus-Michy oder
Frau Heidi Farrenkopf
Diakonisches Werk Heidelberg

Herr Karl-Heinz Bareuther oder
Herr Olaf Streng
internationaler Bund Heidelberg

Arbeitsgruppenmitglieder:

Herr Gert Bartmann
Sport- und Bäderamt

Frau Sylvia Beyerer
Amt für öffentliche Ordnung

Frau Birgit Fliedne
Kinder- und Jugendamt

Frau Birgit Hube
Amt für öffentliche Ordnung

Frau Dr. Marion Kronabel
Direktion für allgemeine Verwaltung

Frau Rosemarie Sontheim
Kinder- und Jugendamt

②

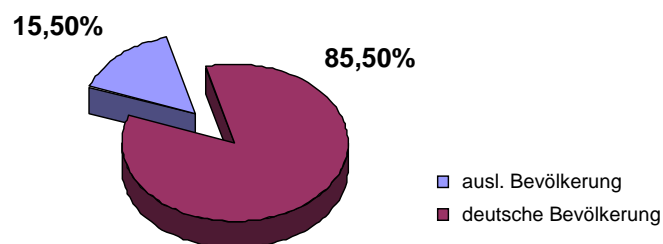
Heidelberg, Oktober 2005



- ◆ Demographischer Wandel
 - ◆ Weichenstellung in der Integrationspolitik
 - ➔ ◆ Kommunalpolitische Schwerpunkte !!!!
- Warum ?

3

Heidelberg, Oktober 2005



▪ Heidelbergger Wohnbevölkerung (Stand 1.03.2005):	142.782
▪ Davon Menschen aus anderen Ländern:	20.010
▪ Davon Staatsangehörige aus EU – Staaten	5.001

4

Heidelberg, Oktober 2005



HEIDELBERG



Standortbonität

- Universitätsstadt
- Forschungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort
- Aus- und Fortbildungszentrum Universitätsklinikum Heidelberg
- Regler Personalaustausch zwischen Heidelberger Großfirmen und ausländischer Unternehmen
- „start up's“ am Technologiepark (junge Firmen gründen Existenzen)

➔ Rechtliche Möglichkeiten der Zuwanderung durch das Zuwanderungsgesetz (in Kraft seit 01.01.2005)

5

Heidelberg, Oktober 2005



Was bedeutet Integration?

wird verstanden als interaktiver Prozess zwischen
Aufnahmegesellschaft und Zugewanderter
⇒ Prozess „Fördern + Fordern“

Integration ist Aufgabe aller

und benötigt den Willen der ganzen Bevölkerung =
gesamtgemeinschaftliche Aufgabe

Zielgruppe

Neuankommende
Zuwanderer mit auf Dauer angelegtem Aufenthalt
heimische Bevölkerung

6

Heidelberg, Oktober 2005



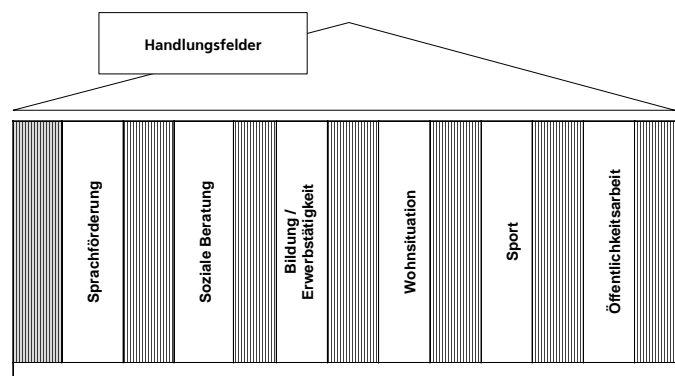
- ◆ Integration soll Nutzen bringen

Ziel

- ✓ Migrantinnen / Migranten soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Gleichberechtigung, Selbständigkeit und Unabhängigkeit basiert
- ✓ Die Eingewöhnung in das soziale Umfeld ist durch Kenntnisse und Fertigkeiten zu fördern
- ✓ Sich verstehen, respektieren und akzeptieren ist der Weg zu mehr interkulturellem Verständnis

7

Heidelberg, Oktober 2005



8

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg integriert - Chancen für ein Miteinander

Sprachförderung in KITAS



AG 4

Ziele:

- ◆ rechtzeitige Anmeldung der Kinder in den KITAS (keine Verzögerungen mangels Informationsdefizite der Eltern durch Sprachbarriere)
- ◆ regelmäßige KITA-Besuche zum Erwerb der deutschen Sprache
- ◆ Vermittlung kultureller und gesellschaftlicher Werte

Maßnahme:

- ◆ Sprachförderung in KITAS für alle Migrantenkinder mit Deutsch als Zweitsprache (bereits ab 18 Monaten)

9

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg integriert - Chancen für ein Miteinander

Soziale Beratung



AG 4

Ziele:

- ◆ Abbau von Ängsten und Aufbau von Vertrauen
- ◆ Verhinderung von Isolation, Stärkung des Gemeinschaftsgefühles, Vermittlung und Austausch unterschiedlicher kultureller Werte, Abbau bzw. Vermeiden sozialer Spannungen, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Migranten/-innen und der einheimischen Bevölkerung

Maßnahmen:

- ◆ Auf- und Ausbau eines Netzwerkes Hauptamtlicher – qualifiziertes Personal der Kommune sowie der caritativen Einrichtungen – unter Einbindung ehrenamtlicher Integrationsbegleiter und Integrationsbegleiterinnen (Lfd. Nr. 35)
- ◆ Auf- und Ausbau eines Migrationszentrums in Heidelberg (Lfd. Nr. 36)

10

Heidelberg, Oktober 2005



Ziel:

- ◆ Erwerbstätigkeit als Chance am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, die Lebensführung eigenverantwortlich planen

aber:

- ◆ immer enger werdende Arbeitsplatzangebote durch Personaleinsparungen
- ◆ Entlassung nicht qualifizierter Fachkräfte, betroffen insbesondere unsere Migranten/innen

11

Heidelberg, Oktober 2005

Lfd. Nr. 37 + 38

Maßnahme 6, 7, 8



Maßnahmen:

- ◆ Förderung der schrittweisen Qualifizierung unserer Migranten/innen um ihnen Zugang zu den Bereichen Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen (Integrationskurse, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen, außerschulische Bildungsangebote) (Lfd. Nr. 37, M 7 + 8)
- ◆ Erfassung und Transparenz sämtlicher Angebote im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt (Lfd. Nr. 38, M 6)

12

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg integriert - Chancen für ein Miteinander

Städtischer Wohnraum



Ziele:

- ◆ Schaffung von bezahlbarem und flächenmäßig ausreichendem Wohnraum für ausländische (Groß-)familien
- ◆ Verringerung von Konfliktpotentialen

Maßnahmen:

- ◆ Beibehaltung von preisgünstigen städtischen Wohnungen (z. B. für ausländische Großfamilien) bzw. die Möglichkeit der Einflussnahme der Stadt über Wohnbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung (Lfd. Nr. 39)
- ◆ Konfliktberatungen, Konfliktvermittlungen sowie Mediationen vor Ort (Beratungsstellen mit interkulturell geschulten Mitarbeitern/innen besetzen) (Lfd. Nr. 40)

13

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg integriert - Chancen für ein Miteinander

Sport



Ziel:

- ◆ Abbau von Sprachbarrieren und kulturellen Vorbehalten
gerade der Sport wird zur Abmilderung sozialer Konfliktfelder zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderern durch die Möglichkeit zum aktiven gemeinsamen Handeln in vieler Hinsicht als ideales Mittel betrachtet, Hemmschwellen und Berührungssängste abbauen zu können. Sportvereine binden mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als alle anderen freiwilligen Organisationen

Maßnahme:

- ◆ finanzielle Förderung von Vereinen, die sich im Rahmen des Sportförderungsprogramms aktiv um die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bemühen

14

Heidelberg, Oktober 2005

Heidelberg integriert - Chancen für ein Miteinander

Öffentlichkeitsarbeit / Interkulturelle Zusammenarbeit



AG 4

Ziel:

- ◆ Förderung des interkulturellen Dialogs

interkulturelle Initiativen bilden einen wichtigen Beitrag zur Verständigung, um gesellschaftlichen Wandel kulturell zu reflektieren und wichtiger noch, das Zusammenleben fruchtbar zu machen

Maßnahme:

- ◆ finanzielle Unterstützung interkultureller Projekte unter Beteiligung der Migranten/innen und der einheimischen Bevölkerung

15

Heidelberg, Oktober 2005

Umsetzung und Steuerung



AG 4

Umsetzung und Steuerung

Steuerungsgruppe / Koordinierungsstelle (Politik, Ausländer- und Migrationsrat, Verwaltung)

Prozessbegleitung durch
die Leiter/innen der Arbeitsgruppen



zu den Themen:
Sprachförderung
Soziale Beratung
Ausbildung/ Erwerbstätigkeit
Wohnungssituation
Sport
Öffentlichkeitsarbeit
Finanzen
Statistik



Aufgaben

Bestandsaufnahme
Konzept- und Projektentwicklung
unter Einbeziehung bereits
vorhandener Ressourcen

Personal/ Qualifizierung

Kosten- und Nutzenanalyse

- was kostet Integration
aber auch:
- was kostet unterlassene
Integration

16

Heidelberg, Oktober 2005

Arbeitsgruppe 5

Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Generationsbeziehungen

Leitung: Frau Huber (01)

stellv. Leitung: Frau Rittinghaus (Amt 50)

Mitglieder

Herr Bartmann (Amt 52)

Frau Brunner (Amt 51)

Frau Gäthje (Amt 50)

Frau Grieshaber (01)

Herr Hohenadl (Amt 41)

Frau Klingler (OB-Referat)

Herr Neudert-Becker (Amt 13)

Frau Rodopman (Amt 50)

Herr Schmidt (Amt 67)

Herr Schmidt (01)

Frau Weber (Amt 47)

**Priorisierte
Maßnahmen**

Demographischer Wandel in Heidelberg

Arbeitsgruppe 5

*Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der
Generationsbeziehungen*



Heidelberg, Oktober 2005

Mitglieder der Arbeitsgruppe



- ◆ Bartmann, Gert (Sportamt)
- ◆ Brunner, Carola (Kinder- und Jugendamt)
- ◆ Gäthje, Hilde (Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit)
- ◆ Grieshaber, Petra (Referat der Oberbürgermeisterin)
- ◆ Hohenadl, Stefan (Kulturamt)
- ◆ Klingler, Brigitte (Referat der Oberbürgermeisterin)
- ◆ Neudert-Becker, Eberhard (Amt für Öffentlichkeitsarbeit)
- ◆ Rodopman, Elgiz (Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit)
- ◆ Schmidt, Uwe (Landschaftsamt)
- ◆ Schmidt, Hans-Joachim (Referat der Oberbürgermeisterin)
- ◆ Weber, Diana (Stadtarchiv)

Leitung:

- ◆ Huber, Christine (Referat der Oberbürgermeisterin)
- ◆ Rittinghaus, Birgit (Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit)

②

Heidelberg, Oktober 2005

Grundlagen

Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements



ehrenamtlich oder bürgerschaftlich Engagierte 23%	zur Zeit Nicht-Engagierte 77%	
(Dt. 34%)	davon waren früher	
	37% engagiert	63% nicht engagiert
	davon möchten sich heute wieder engagieren 40%	davon möchten sich heute erstmals engagieren 29%
Potenzial in % aller Befragten	11% (Dt. 10%)	14% (Dt. 16%)

→ 25%

FGW Telefonfkt.: Engagement in Heidelberg 05/02 (n=1.330)

Quelle: Engagement-Studie Heidelberg 2002

3

Heidelberg, Oktober 2005

Grundlagen

Stärkung der Generationsbeziehungen



der soziologische Generationenbegriff



**Familiäre
Generation auf
der Mikroebene**



**Gesellschaftliche/
außerfamiliäre
Generation auf
der Makroebene**

Gesellschaftliche Tendenzen:

- ♦ Kinderlose Ehepaare + Singles
- ♦ Zunehmende Lebensdauer
- ♦ Intergenerationelle Beziehungen auch über Haushalte hinaus
- ♦ Multilokale Familienverhältnisse

Stärkung der außerfamilialen Generationenbeziehungen durch:

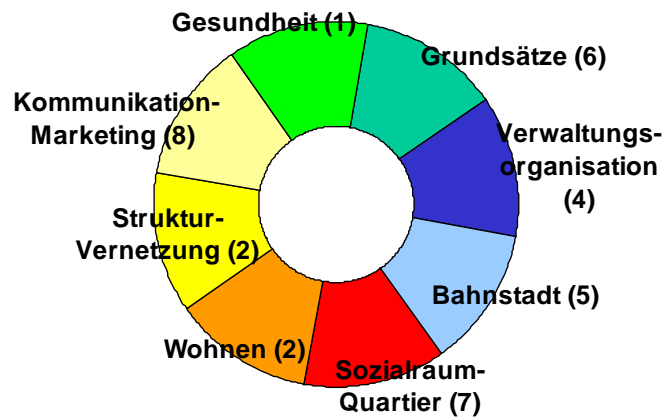
- ♦ Generationenvertrag modernisieren / Solidarpakt / Wir-Gefühl
- ♦ Möglichkeiten schaffen zum Aufbau von nicht-verwandtschaftlichen Bindungen

4

Heidelberg, Oktober 2005

Übersicht Handlungsfelder

Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der
Generationsbeziehungen



5

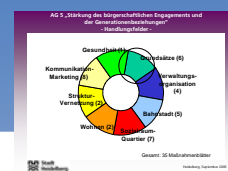
Heidelberg, Oktober 2005

Lfd. Nr. 43

Maßnahme 2, 3, 4

Handlungsfeld: Grundsätze

Ziel: Bewusstseins- und Wertewandel in der Gesellschaft
und bei den Verantwortungsträgern herbeiführen



Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Stärkung der Generationenbeziehungen durch innovative Patenschaftsprojekte

*(Im sozialen Bereich z. B. Patenoma, Patenopa, Paten;
zur Begleitung von Menschen in besonderen/schwierigen
Lebenssituationen;*

Begleitung beim Berufseinstieg z. B. Job-Paten, Senior Experts;

Patenschaften in Schulen;

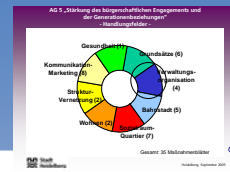
Patenschaften in Unternehmen - Stichwort: Generationennetzwerk;

Integrationsbegleitung)

6

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: **Verwaltungsorganisation**
 Ziel: **Zusammenführung sektoral organisierter Verwaltungseinheiten + Ausschöpfen kommunalpolitischer Steuerungsinstrumente**



Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Ausschöpfen der kommunalen Steuerungsinstrumente durch

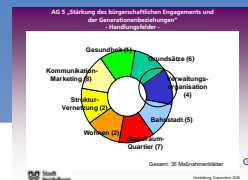
(Implementieren der Aufgabe „Stärkung der Generationenbeziehungen und des Bürgerengagements“ bei der Vertragsgestaltung und Zuschussvergabe mit Externen durch die Verwaltung)

7

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: **Verwaltungsorganisation**

Ziel: **Vorbildhafte Unternehmenskultur bei der Arbeitgeberin Stadt Heidelberg**



Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Neue Unterstützungskultur zur Förderung des Bürgerengagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

*(Bericht über das Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
 Sonderurlaub; Neue Zeitmodelle;
 Sponsoring für Projekte, bei denen sich Mitarbeiter/innen der Stadt Heidelberg bürgerschaftlich engagieren;
 Zentraler Ansprechpartner für BE in jedem Amt;
 Schulungen + Fachvorträge in das städtische Fortbildungsprogramm über verschiedene Aspekte des demografischen Wandels aufnehmen)*

8

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: Bahnstadt

Ziel: Erhöhung der Lebensqualität in der Bahnstadt durch frühzeitige kooperative Planung

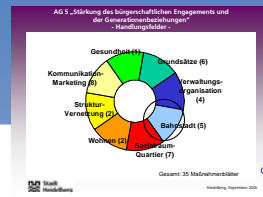
Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Kooperative Planung im Bereich Infrastruktur

(Einrichtung eines „mobilen Stadtteilbüros“ in der Bahnstadt mit flexiblen Sprechzeiten bereits in der Entstehungsphase des neuen Stadtteils - Eisenbahnwaggon -;

Dadurch vielfältig angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung von Interessensgruppen / BürgerInnen in die künftige Ausrichtung des Quartiers;

hieraus spätere Entwicklung des geplanten Stadtteilzentrums)



9

Heidelberg, Oktober 2005

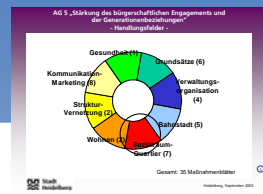
Handlungsfeld: Sozialraum-Quartier

Ziel: auf Quartiersebene soziale Bindungen stärken

Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Einrichtung von „Quartiersmanagement“ in jedem Stadtteil / Quartier

(Aufgaben: Bündelung von Einzelanliegen, Moderation, „Bürgerakquise“, Motivation, Koordination, Vernetzung)

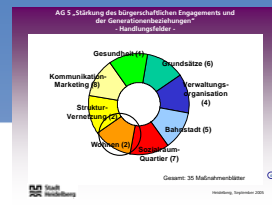


10

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: Wohnen

Ziel: Ermöglichung von neuen Wohnformen zur Stärkung der Generationenbeziehungen



Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Förderung von gemeinschaftsorientierten Wohn- und Lebensformen

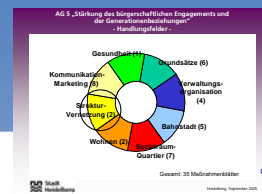
(Mehrgenerationenhäuser - durch Schaffung von steuerlichen Anreizen und Bildung von kommunalen „Zuschuss-Töpfen“)

11

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: Struktur-Vernetzung

Ziel: Zusammenführung sektoral organisierter Strukturen - gesamtstädtisch



Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Zusammenführung bereits bestehender Strukturen auf Stadtteilebene zur Förderung des Bürgerengagement und zur Stärkung der Generationenbeziehungen

(z. B. Stadtteilvereine, Vereine, Kinderbeauftragte im Hinblick auf gemeinsame Aktivitäten, gemeinsame Raumnutzung, nachbarschaftlicher Hilfe und Generationenbeziehungen;

Denkbar wäre eine modellhafte Umsetzung in einem bestehenden Heidelberger Stadtteil z. B. Kirchheim mit dem neuen Bürgerzentrum - eine Übertragbarkeit auf andere Stadtteile muss dann geprüft werden;

Mögliche Methode: Stadtteilkonferenzen)

12

Heidelberg, Oktober 2005

Handlungsfeld: Kommunikation - Marketing

Ziel: Durch Information und Motivation Schaffung von Bewusstseinwandel und Identifikation

Maßnahmen-Beispiel:

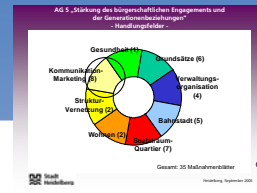
- ◆ Neue Informationswege suchen

*(Information über Bürgerengagement bei Zu- und Umzug;
Information und Beratung beim Übergang Beruf-Ruhestand-65-Jährige;
Informationsveranstaltungen und Berichterstattung über
Bürgerengagement und Projekte zur Stärkung der
Generationenbeziehungen)* (Lfd. Nr. 50, M 31 + 33)

Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Motivation und Anerkennung ausbauen

*(Anerkennungskarte für Bürgerengagement nach dem Modell der Ulmer
FreiwilligenCard einführen)* (Lfd. Nr. 51, M 28 + 29)



13

Heidelberg, Oktober 2005

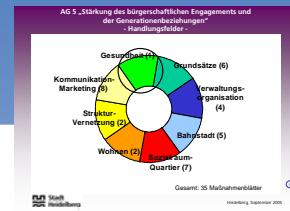
Handlungsfeld: Gesundheit

Ziel: Stärkung der Generationenbeziehungen über gemeinsamen Sport

Maßnahmen-Beispiel:

- ◆ Generationenübergreifendes Sportangebot

*(Gezielte Förderung von Projekten in Sportvereinen im Bereich
„Sport für Ältere“ durch das städtische Sportförderprogramm;
Ergänzung der Vereinsangebote im Präventionssport durch kommunale
Präventionsmaßnahmen in den Stadtteilen;
Etablierung weiterer Angebote im Gesundheitssport/Ausbau von
Präventionssport)*



14

Heidelberg, Oktober 2005

**Maßnahmenblätter der
AG 1**

Maßnahme 1

Ziel – Strategie	<p>Die gezielte Förderung von Kindern wird nur gelingen, wenn Eltern und Erziehungsberechtigte heutzutage in ihrer Elternverantwortung gestärkt werden und in alle Fördermaßnahmen der unterschiedlichen Institutionen mit einbezogen werden.</p> <p>SOZ 3 – Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern SOZ 6 – Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen SOZ 8 – Den Umgang miteinander lernen KU 1 – Kommunikation und Begegnung fördern</p>
Maßnahme	<p>Um die Elternverantwortung auf den unterschiedlichsten Feldern gezielt fördern und unterstützen zu können, ist es notwendig ein Gesamtkonzept für Elternarbeit mit allen Beteiligten zu erstellen. Dieses Konzept sollte in Richtung einer Elternschulung gehen und bedeutet, dass zunächst eine Ist-Analyse der bestehenden Angebote erstellt wird.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Diese Maßnahme sollte im Anschluss an die Qualitätsentwicklung umgesetzt werden. Sie knüpft an die Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen im Qualitätszirkel an und entwickelt daraus ein Konzept „Elternschule“.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Kinder- und Jugendamt • Kitas und Schulen • .
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab 2006</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: eine halbe Planstelle und/oder Honorarkräfte • Sachmittel: Projektmittel

Maßnahme 2**Lfd. Nr. 1 Folie 9**

Ziel – Strategie	<p>Die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sollen in allen Kindertageseinrichtungen in Heidelberg verbessert werden. Dazu wird ein Heidelberger Netzwerk zur Qualitätsentwicklung mit allen freien Trägern zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes gebildet.</p> <p>AB 3 – Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen SOZ 5 – Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche SOZ 6 – Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen SOZ 7 – Integration behinderter Kinder und Jugendlicher SOZ 8 – Den Umgang miteinander lernen SOZ 11 – Unterstützung der für Frauen relevanten Dienstleistungen</p>
Maßnahme	<p>Mit den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in Heidelberg soll im Rahmen des Netzwerkes erarbeitet werden, wie in den einzelnen Kindertageseinrichtungen die Förderpläne für die einzelnen Kinder entwickelt werden. Der Förderauftrag bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Deshalb sollen im Netzwerk auch verschiedene Fachrichtungen vertreten sein, welche die Träger bei dieser Entwicklung beraten.</p> <p>Mitglieder des Heidelberger Netzwerkes sind: Freie Träger, Stadt Heidelberg, Schulamt, Päd. Hochschule, Gesundheitsamt, Elternvertreter, Amt für Gleichstellung, Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität, Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie, Kultureinrichtungen wie z.B. Theater</p>
Begründung/ Priorität	<p>Diese Maßnahme hat höchste Priorität, da die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit mit der gezielten Förderung aller Kinder in den Kindertageseinrichtungen beginnt. Die Entwicklung von Förderplänen ist mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz auch gesetzlicher Auftrag geworden.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Stadt Heidelberg • Freie Träger von Kindertageseinrichtungen • Externe Partner s.o.
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab Herbst 2005</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel für Schulung • Fördermittel für Implementierung durch das Land

Maßnahme 3

Ziel – Strategie	<p>Die gezielte Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen will dazu beitragen, individuelle Beeinträchtigungen (emotionale, soziale, kognitive und motorische) abzubauen.</p> <p>SOZ 5 – Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche SOZ 6 – Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen SOZ 7 – Integration behinderter Kinder und Jugendlicher SOZ 8 – Den Umgang miteinander lernen SOZ 11 – Unterstützung der für Frauen relevanten Dienstleistungen</p>
Maßnahme	<p>Mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen in Heidelberg sollen die Ergebnisse der Förderung regelmäßig in Controllingkonferenzen überprüft werden. Dazu ist es notwendig mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen überprüfbare Kennzahlen zu entwickeln. Dies könnten der Grad der Sprachkenntnis, die Schulfähigkeit und die Entwicklung der Fallzahlen der Erziehungshilfe sein. Denn durch die gezielte Förderung in Kindertageseinrichtungen sollte die Anzahl der Einzelfallhilfen in diesen Altersgruppen zurückgehen.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Diese Maßnahme hat höchste Priorität, da die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit mit der Überprüfung der Wirksamkeit der Förderung zunimmt. Falls es keine erkennbare Wirksamkeit gibt, muss der Träger die Systematik der Erstellung von Förderplänen überprüfen</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Stadt Heidelberg • Freie Träger von Kindertageseinrichtungen
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab 2006</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personalkosten

Maßnahme 4**Lfd. Nr. 2 Folie 10**

Ziel – Strategie	<p>Die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen in der Wissensgesellschaft erfordert eine laufende Anpassung an den sozialen und technologischen Wandel</p> <p>SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme	<p>Bündnis zur Qualitätsentwicklung zwischen Stadt und staatlicher Schulverwaltung</p> <p>Erfahrungsgemäß läuft eine Kooperation dann gut, wenn die Ansprechpartner auch räumlich eng verbunden sind. Daher soll im ersten Schritt die engere Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt für Heidelberg gesucht werden (zuständig für Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Sonder- und Förderschulen und die IGH). Zuständig für die Gymnasien und beruflichen Schulen ist das Regierungspräsidium in Karlsruhe. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass mangels Ortsnähe eine Zusammenarbeit weniger einfach zu realisieren ist. Als zentraler, örtlicher Ansprechpartner für die staatliche Schulverwaltung käme hier eventuell der geschäftsführende Schulleiter der Gymnasien bzw. der beruflichen Schulen in Betracht.</p> <p>Die Beteiligten (im 1. Schritt)</p> <ul style="list-style-type: none"> Staatliches Schulamt Heidelberg Schulverwaltungsamt Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann Kinder- und Jugendamt Geschäftsführender Schulleiter der Gymnasien Geschäftsführender Schulleiter der beruflichen Schulen <p>sollten zunächst gemeinsam Ziele entwickeln für eine Qualitätsentwicklung in Schulen. Aufbauend auf einer genauen Bedarfskenntnis könnten dann Maßnahmen festgelegt werden, die zu einer höheren Qualität der Ausbildung in unseren Schulen beitragen. Dazu gehört auch die Mitarbeit der Eltern, die aber alleine auf Initiative der Schule angeregt werden kann, da dies zu den inneren Schulangelegenheiten gehört und nicht in kommunaler Zuständigkeit ist.</p> <p>In einem weiteren Schritt kann zusammen mit der Universität auch das Thema Hochbegabtenförderung angegangen werden. Für ältere Schüler/-innen läuft hierzu bereits eine Maßnahme.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Um die Qualität der Ausbildung in unseren Schulen zu verbessern, müssen Schulen, Staatliche Schulverwaltung und die Stadt als Schulträgerin und örtliche Jugendhilfeträgerin eng und kontinuierlich zusammenarbeiten.</p> <p>Die sog. inneren Schulangelegenheiten sind Landesaufgabe.</p> <p>Die äußeren Schulangelegenheiten als Aufgabe des kommunalen Schulträgers unterstützen das Land bei seiner Aufgabe durch Bereitstellung sächlicher Ressourcen.</p>

	<p>Die örtliche Jugendhilfeträgerin besitzt umfangreiche Kenntnisse über den Sozialraum der Kinder und Jugendlichen und ist mit ihren bzw. mit den von ihr geförderten Institutionen Ansprechpartnerin für die Schüler/-innen außerhalb der Schulzeit (insbes. Jugendzentren, Erziehungsberatungsstellen, Legasthenieförderung u. ä.).</p> <p>Daher ist es sinnvoll, wenn Schulen, Staatliche Schulverwaltung, Schulträgerin und Jugendhilfeträgerin enger zusammenarbeiten als bisher.</p> <p>Priorität 1</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Ämter 40 und 51 • Mitwirkend: Staatliches Schulamt, Schulen • Externe Partner: je nach Thema unterschiedlich
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Beginn jederzeit möglich; baldiger Beginn jedoch sinnvoll, da dann alle weiteren Maßnahmen in Schulen in Abstimmung mit diesen Hauptbeteiligten durchgeführt und somit die Kräfte gebündelt werden können</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: zunächst nur Sitzungskosten • Sachmittel: abhängig von den entwickelten Maßnahmen • Fördermittel: ? • Maßnahmenmittel: abhängig von den entwickelten Maßnahmen

Maßnahme 5

Ziel – Strategie	<p>Die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen in der Wissensgesellschaft erfordert eine laufende Anpassung an den sozialen und technologischen Wandel</p> <p>SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 8 – Den Umgang miteinander lernen SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme	<p>Schulsozialarbeit</p> <p>Evaluation der Ergebnisse der Schulsozialarbeit und Optimierung durch das Kinder- und Jugendamt im Hinblick auf die Erweiterung des Aufgabenbereichs in 2005. Regelmäßige Controllingsitzungen vor Ort finden bereits statt.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Die Schulsozialarbeit an Haupt- und Förderschulen wurde in 2002 eingeführt. In 2005 wurde sie aufgrund ihrer Erfolge in der Hilfgewährung auf den Grundschulbereich an Grund- und Hauptschulen ausgedehnt.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Amt 51 • Mitwirkend: Amt 40, Staatliches Schulamt, Schulen • Externe Partner: Institutionen, die von uns mit der Durchführung der Schulsozialarbeit beauftragt werden
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Da die Schulsozialarbeit bereits mit Erfolg arbeitet und die Ausdehnung des Aufgabenbereichs aktuell erfolgt ist, ist eine zeitnahe kontinuierliche Begleitung sinnvoll und geboten.</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: Begleitung durch Amt 51 wie bisher • Sachmittel: Büromaterial wie bisher • Fördermittel: keine • Maßnahmenmittel: 60 T€ je Vollzeitstelle (aktuell rd. 540 T€ im Haushaltsplan insgesamt für 8 Hauptschulen, 2 Förderschulen und den Hauptschulbereich der IGH)

Maßnahme 6**Lfd. Nr. 3 Folie 11**

Ziel – Strategie	<p>Die sozialen Polarisierungstendenzen und die Zugangschancen auf dem Arbeitsmarkt werden ohne Gegensteuerung weiter anwachsen.</p> <p>SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme	<p>Jugendberufshilfe</p> <p>Kontinuierliche Evaluation der Ergebnisse der Jugendberufshilfe und Optimierung ihrer Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit mit dem Ziel, dass mehr der o. g. Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Die Jugendberufshilfe an Hauptschulen sowie im BVJ wurde im Jahr 2000 eingeführt. Die Situation am Arbeitsmarkt ist seit 2000 eher schwieriger als einfacher geworden für Jugendliche mit keinem Berufsabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Amt 51 • Mitwirkend: Amt 40, Staatliches Schulamt, Schulen, Arbeitsagentur • Externe Partner: Institutionen, die von uns mit der Durchführung der Jugendberufshilfe beauftragt werden
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Da die Jugendberufshilfe bereits eingerichtet ist und mit Erfolg arbeitet, ist eine kontinuierliche Evaluation und Optimierung anzustreben.</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: Begleitung durch Amt 51 wie bisher; 1 Jugendberufshelfer bei Amt 51 wie bisher • Sachmittel: Büromaterial wie bisher • Fördermittel: teilweise (in den letzten Jahren starkem Wandel unterworfen) • Maßnahmenmittel: Zuschuss an Institution, die mit der Jugendberufshilfe beauftragt ist (wie bisher)

Maßnahme 7

Ziel – Strategie	<p>Die sozialen Polarisierungstendenzen werden ohne Gegensteuerung weiter anwachsen.</p> <p>SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme	<p>präventive Angebote der Jugendhilfe</p> <p>Ausrichtung der Angebote der präventiven Jugendhilfe (insbesondere der Jugendzentren und der Erziehungsberatungsstellen) auf einen Ausgleich von Defiziten bei Kindern und Jugendlichen, die aus ihrem sozialen/familiären Umfeld resultieren (z. B. Räume bereitstellen, in denen ungestört die Hausaufgaben gemacht werden können, erforderlichenfalls Unterstützung bei den Hausaufgaben, Sprachförderung, notwendige Fähigkeiten vermitteln wie z. B. das Zubereiten einfacher Gerichte, etc.).</p> <p>Zunächst müssen die Zielgruppen ermittelt werden, für die ein besonderer Förderbedarf gesehen wird.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Der soziale Status ist ein wichtiger Faktor für den Schulerfolg. Um den Einfluss dieses Faktors zu verringern müssen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, Defizite, die sich aus ihrer familiären Situation ergeben, ausgleichen zu können. Angebote machen hier insbesondere die präventiven Jugendhilfeangebote wie Jugendzentren und Erziehungsberatungsstellen.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Amt 51 • Mitwirkend: • Externe Partner: freie Träger der Jugendhilfe in den jeweiligen Sozialräumen
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Die Voraussetzungen wurden größtenteils bereits mit der Neugestaltung der Verträge für die Jugendzentren geschaffen; nun geht es um die kontinuierliche Umsetzung und Begleitung der Entwicklung.</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: Begleitung durch Amt 51 wie bisher; eigene Jugendzentren wie bisher • Sachmittel: Büromaterial und laufende Ausgaben zum Betrieb der eigenen Jugendzentren wie bisher • Fördermittel: keine • Maßnahmenmittel: Zuschüsse an Institution, die Jugendzentren und Erziehungsberatungsstellen betreiben (wie bisher)

Maßnahme 8

Ziel – Strategie	<p>Die sozialen Polarisierungstendenzen und die Zugangschancen auf dem Arbeitsmarkt werden ohne Gegensteuerung weiter anwachsen.</p> <p>SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme	<p>Bündnis zwischen Schule und Arbeitswelt / Hochschulen und der Arbeitsagentur Ziel: Einstieg in den Beruf finden</p> <p>Berufsfindung und –vorbereitung durch Kooperation zwischen Schule, Arbeitswelt, Universität und Agentur für Arbeit verbessern</p> <p>Die Beteiligten (im 1. Schritt) Staatliches Schulamt Heidelberg Kinder- und Jugendamt (Jugendberufshelfer) HWE Arbeitsagentur Kammern</p> <p>sollten zunächst auf Basis ihrer Erfahrungen ermitteln, wo es Defizite gibt und mit welchen Zielen und Maßnahmen eine bessere Berufsorientierung und Berufsvorbereitung möglich ist.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Die „Arbeitswelt“ beklagt immer wieder, dass Schüler/-innen nicht ausreichend auf die Ausbildung und den Beruf vorbereitet sind.</p> <p>Umgekehrt wissen Schüler/-innen oft nicht, was in der Berufswelt von ihnen erwartet wird.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Arbeitsagentur • Mitwirkend: Amt 51, Staatliches Schulamt, Schulen, HWE • Externe Partner: Kammern
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: zunächst Sitzungskosten • Sachmittel: Büromaterial • Fördermittel: • Maßnahmenmittel: abhängig von den Maßnahmen

Maßnahme 9**Lfd. Nr. 4 Folie 12**

Ziel – Strategie	<p>Um die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen im weltweiten Wettbewerb zu erhalten, werden die Beschäftigten ihr technisches, berufliches und soziales Wissen verstärkt in einem Prozess des lebenslangen Lernens regelmäßig erneuern müssen.</p> <p>AB 1 – Vollbeschäftigung anstreben AB 10 – Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken AB 12 – Wiedereingliederung ins Erwerbsleben SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern</p>
Maßnahme	<p>Zielvereinbarungen mit der Volkshochschule als kommunal gefördertem Bildungsträger</p> <p>Die Beteiligten sollten zunächst auf Basis ihrer Erfahrungen ermitteln, wo es Defizite gibt und wie die Angebote zur beruflichen Qualifizierung der Berufstätigen und der Arbeitssuchenden zielgerichtet verbessert werden können.</p> <p>Mit dem Vertrag und der Zielvereinbarung zwischen Stadt und Volkshochschule sowie der Diskussion im Kulturausschuss wurde ein erster (kleiner) Schritt in diese Richtung bereits getan.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Im Beruf ist aufgrund der Schnelllebigkeit unserer Zeit und der sich rasch wandelnden Anforderungen ein lebenslanges Lernen notwendig. Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und zur Verfügbarkeit von qualifizierten Berufstätigen als wichtigem Standortfaktor ist es notwendig, dass das kommunal geförderte Bildungsangebot der Volkshochschule die Bedürfnisse der Arbeitswelt bei der Angebotsgestaltung berücksichtigt.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Amt 40 • Mitwirkend: Volkshochschule, HWE, Arbeitsagentur • Externe Partner: Kammern
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Da es zwischen Stadt und Volkshochschule eine Zielvereinbarung gibt und im Kulturausschuss eine Diskussion über Angebot und finanzielle Situation der Volkshochschule angestoßen wurde, kann auf dieser Basis aufgesetzt werden.</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: zunächst Sitzungskosten • Sachmittel: Büromaterial • Fördermittel: • Maßnahmenmittel: sollte zu keiner Zuschusserhöhung an die Volkshochschule führen

Maßnahme 10

Ziel – Strategie	<p>Die Zahl der älteren Menschen (auch in Single-Haushalten) nimmt stark zu.</p> <p>SOZ 12 – Selbstbestimmung auch alter Menschen gewährleisten</p>
Maßnahme	<p>Zielsetzungen der Bildungsangebote für ältere Menschen festlegen</p> <p>Seniorenzentren und Akademie für Ältere nehmen in den nächsten Jahren entsprechend der Bedarfsentwicklung mehr Informations- und Bildungsangebote für ältere Menschen auf, die es diesen ermöglicht, länger selbstbestimmt und unabhängig zu leben.</p> <p>Die Stadt schließt mit den Seniorenzentren und der Akademie für Ältere, die alle finanziell von ihr gefördert werden, entsprechende Zielvereinbarungen ab. Die Verträge mit den Seniorenzentren werden zur Zeit aktualisiert; darin festgelegt werden soll u.a. nach aktueller Planung von Amt 50 auch, dass die Ziele des Stadtentwicklungsplans berücksichtigt werden.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Die Menschen werden immer älter. Eine zunehmende Zahl auch von älteren Menschen lebt in Single-Haushalten. Durch kleinere Familien als früher haben ältere Menschen zunehmend weniger eigene Verwandte (Kinder, Enkel, Geschwister), die sie im Alter unterstützen.</p> <p>Ältere Menschen haben Informations- und Weiterbildungsbedarf, wenn sie sich z. B. bei Krankheit oder Tod des Partners plötzlich im täglichen Leben ganz neuen Anforderungen gegenüber sehen. Ein weiteres Problem für ältere Menschen ist die schnelle Weiterentwicklung der Technik, die ein ständiges Weiterlernen erfordert und die es ihnen unter Umständen erschwert und nicht erleichtert, den Alltag zu bewältigen.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Amt 50 • Mitwirkend: Amt 40, Akademie für Ältere <p>Externe Partner: Institutionen, die mit dem Betrieb von Seniorenzentren beauftragt sind</p>
Zeitraum	<p>Daueraufgabe</p> <p>Zeitlicher Realisierungsrahmen: In Abhängigkeit vom Bedarf (mittel-/langfristig steigend)</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: zunächst Sitzungskosten • Sachmittel: Büromaterial • Fördermittel: • Maßnahmenmittel: sollte zu keiner Zuschusserhöhung an die Seniorenzentren und die Akademie für Ältere führen

Maßnahme 11**Lfd. Nr. 2 Folie 10**

Ziel – Strategie	<p>Bessere Ausschöpfung des vorhandenen Ausbildungspotenzials u.a. durch Verbesserung der Berufsorientierung.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern - Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern - Vollbeschäftigung anstreben - Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern - Kommunikation und Begegnung fördern
Maßnahme	<p>Eine jährliche Ausbildungsbörse in Heidelberg soll umgesetzt werden; im Rahmen eines Bündnisses zwischen Schulen, Arbeitsagentur und Arbeitgebern. Förderung und verstärkte Einführung von Einstiegsqualifikationen, u.a. durch frühzeitige Informationen der Jugendlichen.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich zu orientieren sowie Arbeitgebern sich zu präsentieren ist es unablässig das regelmäßig und verlässlich einmal im Jahr eine Ausbildungsbörse durchgeführt wird, die bei Jugendlichen, Eltern und Ausstellern gleichermaßen Nutzen bringt.</p> <p>Es muss eine einprägsame Ausbildungsbörse entwickelt werden, die vielfältige Informationsquellen bietet.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Schulen, Agentur für Arbeit und Arbeitgeber • Mitwirkend: Stadt Heidelberg • Externe Partner:
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab 2006</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel

Maßnahme 12**Lfd. Nr. 8 Folie 16**

Ziel – Strategie	<p>Eltern und Erziehungsberechtigte müssen in Ihrer Elternverantwortung gestärkt und in alle Fördermaßnahmen der unterschiedlichen Institutionen einbezogen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen - Den Umgang miteinander lernen - Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern - Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern - Kommunikation und Begegnung fördern
Maßnahme	<p>Es soll ein Netzwerk einer präventiven Elternarbeit aufgebaut und implementiert werden.</p> <p>Um dies zu Erreichen ist eine Ist-Analyse der bestehenden Elternarbeit in Heidelberg für niederschwellige Angebote durchzuführen, welche Aufschluss über die weiteren, notwendigen Maßnahmen zum Aufbau dieses Netzwerkes geben soll.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Diese Maßnahme hat Priorität, da nur so der Erziehungsauftrag vieler Institutionen und der Erziehungsauftrag von Eltern als komplementäre Zielsetzung für die Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden kann.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: ??? • Mitwirkend: Kitas/Schulen/VHS • Externe Partner
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal: zunächst Sitzungskosten/Kosten für die Ist-Analyse • Sachmittel: Büromaterial • Fördermittel • Maßnahmenmittel: Sollte nach Ist-Analyse keine Zuschusserhöhung z.B. an der Volkshochschule führen

Maßnahme 13**Lfd. Nr. 8 Folie 16**

Ziel – Strategie	<p>Beschäftigte müssen ihr technisches, berufliches und soziales Wissen verstärkt reflektieren und in einem Prozess des lebenslangen Lernen regelmäßig erneuern. So müssen sich auch Ausbildungsangebote zur Versorgung alter Menschen an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Kulturen und dem Wandel der Zeit anpassen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vollbeschäftigung anstreben - Wiedereingliederung ins Erwerbsleben - Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken - Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
Maßnahme	<p>Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und zur Verfügbarkeit von qualifizierten Berufstätigen als wichtigen Standortfaktor ist es notwendig, dass die Angebote so nah als möglich dem Bedarf angepasst sind. Aus diesem Grund soll mit Hilfe einer Bedarfsanalyse ein bedarfsgerechtes Angebot entwickelt werden.</p>
Begründung/Priorität	<p>Im Berufsleben ist aufgrund der Schnelllebigkeit unserer Zeit und der sich rasch wandelnden Anforderungen ein lebenslanges Lernen notwendig.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: VHS • Mitwirkend: Agentur für Arbeit • Externe Partner:
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab 2007</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel • Maßnahmenmittel

Maßnahme 14**Lfd. Nr. 3****Folie 11**

Ziel – Strategie	<p>Die Qualifizierung von Jugendlichen sowie die Berufsorientierung soll verbessert werden um jeder/jedem einen erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zu ermöglichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern - Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern - Vollbeschäftigung anstreben - Armut, bekämpfen, Ausgrenzung verhindern - Kommunikation und Begegnung fördern
Maßnahme	<p>Das so genannte Projekt „Alt hilft jung“ in Heidelberg umsetzen.</p> <p>Viele Jugendliche bringen nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Ausbildung mit. Mentoren aus der Praxis können ihnen helfen und sie motivieren.</p> <p>Wenn Mentoren Jugendlichen unter die Arme greifen, können diese die Anforderungen für eine Ausbildung eher erfüllen. Mit Rentnern oder mit Studenten sollen Mentorenprogramme ins Leben gerufen werden, durch welche Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten oder solche, die sich weiter qualifizieren wollen unterstützt werden z.B. durch Nachhilfeunterricht, Sprachförderung.</p> <p>Es können sich ggf. aus der Mentorenzeit dauerhafte Beziehungen zwischen Mentor und Jugendlichen entwickeln. So können evtl. auch später, wenn es Probleme in der Ausbildung gibt die Mentoren helfen.</p> <p>Durch den Wissenstransfer durch Mentoren kann individuelle Unterstützung geboten werden, was das Elternhaus und die Schule nicht bereit ist zu leisten oder nicht in der Lage ist zu leisten.</p> <p>Positiver Effekt ist u.a. das zur dritten Generation Jugendliche oft ein ganz anderes Vertrauen als zu normalen Erwachsenen haben. Studenten, z.B. sozialpädagogischer Studiengänge oder Lehramtsstudenten, haben die Möglichkeit praktischen Erfahrungen zu sammeln. Die Kommunikation und Begegnung wird gefördert.</p>
Begründung/ Priorität	<p>Diese Maßnahme hat Priorität, da durch ehrenamtliche Tätigkeit der Mentoren relativ kostenneutral individuelle und gezielte Unterstützung geboten werden kann, welche auch die Begegnung und Kommunikation zwischen den Generationen fördert.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: Schulen • Mitwirkend: Wirtschaft, Jugendrat • Externe Partner:
Zeitraum	<p>Daueraufgabe Ab 2006</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel • Fördermittel für Implementierung

Maßnahme 15**Lfd. Nr. 7****Folie 15**

Ziel – Strategie	<p>Öffentliche Positionierung Heidelbergs als Magnet für die gewünschten Zielgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines professionellen zielorientierten Stadtmarketings: Heidelberg international wahrnehmbar als weltoffener Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstadt
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierte Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen Heidelbergs • Beschluss einer Marketingstrategie • Vielsprachigkeit in der Außendarstellung • Ausbau der städtischen Internetplattform • Alleinstellungsmerkmale ausbauen • Aktivierung von Medienpartnerschaften zur kontinuierlichen Kommunikation der Stadtmarketingansätze und -aktionen und zum „mitreißenden Sympathietransfer“
Begründung/ Priorität	<p>Heidelberg verfügt bisher, anders als die meisten Großstädte, über kein professionelles, klar konturiertes, koordiniertes und vernetztes Stadtmarketing. Die Vermarktung der Stadt erfolgt vielmehr durch verschiedene Akteure, die – nebeneinander - unterschiedliche Stärken der Stadt herausstellen. So präsentiert sich die Stadt als Gemischtwarenladen, in dem irgendwie alles zu haben ist. Im Wettbewerb der Städte um Unternehmen, InvestorInnen, Spitzenkräfte oder junge Familien, der sich im Zuge der demographischen Entwicklung verschärfen wird, ist jedoch nicht Vielfalt der entscheidende Imagefaktor. Gefragt sind eine klare Positionierung und eine überzeugende „Performance“ der Alleinstellungsmerkmale (USP) Heidelbergs als</p> <ul style="list-style-type: none"> • attraktive Stadt für InvestorInnen und Unternehmen und • internationaler Magnet für Eltern und solche, die es werden wollen sowie für Spitzenkräfte und (hoch) qualifizierte Führungskräfte. <p>Heidelberg hat - als Stadt der ältesten Universität Deutschlands, als internationaler Wissenschafts-, Technologie- und Wirtschaftsstandort sowie mit einer Fülle von weichen Faktoren (Lebensqualität, Kultur) - einiges in die Waagschale zu werfen. Gute Voraussetzungen für eine professionelle Marketingkonzeption, die auf der Basis einer Stärken- und Schwächenanalyse ein klares Profil der Stadt herausarbeiten und mit Maßnahmen versehen würde. Die Entwicklung der Marketingkonzeption sollte von einem Bündnis aus Stadt, Universität, Technologie, Wirtschaft, Kultur und Tourismus gesteuert werden.</p>
Organisationseinheit	13, 16, 02, HWE, HKT
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 16

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf das</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herausarbeiten der unbürokratischen, serviceorientierten, fachlich exzellenten und schnellen Leistungsfähigkeit der Verwaltungsarbeit <p>Qu 3 - Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierte transparente Darstellung der Verwaltungsarbeit • Kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP) des Verwaltungshandelns (Beispiel: Ordnungsrechtliche Maßnahmen öffentlich nachvollziehbar durchsetzen)
Begründung/ Priorität	<p>Im Wettbewerb der Städte um Neubürger werden sich Menschen für den Wohnort entscheiden, wo sie sich wohlfühlen können. Dazu zählt auch ein freundlicher und hilfsbereiter Umgang der Verwaltung mit den Menschen, die in einer Stadt leben. Mit den Bürgerämtern , der Verwaltungsreform, dem Bürgerservice, dem Bürgerbeauftragten u.v.a. mehr sind wir bereits auf einem guten Weg. Dieser Servicegedanke muss kontinuierlich verbessert werden. Dies bedeutet mehr Transparenz und Aufklärung bei allen Verwaltungsentscheidungen. Dies muss durch wiederkehrende Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Satzungsregelungen sind regelmäßig zu überprüfen. Im Hinblick auf unterschiedliche Regelungen der Kommunen sollte eine Angleichung stattfinden, damit sich vor allem aus dem Ausland kommende Neubürger besser zu recht finden. Die regionale Arbeitsgruppe der Internetseite www.verwaltungsdurchklick.de sollte eine ständige Einrichtung bleiben, die sich darum bemüht, einheitliche Regelungen in der Metropolregion herbeizuführen. Auch das E-Government muss ausgebaut werden. So soll es beispielsweise möglich sein, sein Kfz per Internet abzumelden.</p>
Organisationseinheit	<p>Referate 02. 03, 04 Ämter 11, 13, 15, 21, 30, 31, 34</p>
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 17**Lfd. Nr. 2 Folie 10**

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf eine</p> <ul style="list-style-type: none"> • Optimale Akquise von Fördermitteln durch Ausbau der Beratung von Dritten (einschließlich der Verwaltung) zur Nutzung von Fördermitteln auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie für Bewerbungsmöglichkeiten bei Wettbewerben auf Landes-, Bundes und Europaebene <p>AB 1 - Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen AB 4 - Stärkung von Mittelstand und Handwerk AB 6 - Produktionsstätten erhalten AB 7 - innovative Unternehmen ansiedeln</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines Beratungsnetzwerkes durch die Europabeauftragte der Stadt Heidelberg • Öffentlichkeitsarbeit
Begründung/ Priorität	<p>Das Angebot von Fördermitteln auf Landes-, Bundes- und Europaebene ist vielfältig. Unternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen finden sich in diesem Angebotsdschungel oft nicht zurecht und verzichten auf Gelder, die ihnen zustehen. Außerdem sind die Antragsverfahren meist sehr aufwändig und besonders von kleinen Unternehmen nur schwer zu bewältigen. Die Unterstützung durch einen Expertenschaft führt zu einem stärkeren Finanzfluss in unsere Stadt.</p>
Organisationseinheit	<p>Referat 01 Ämter 20, 21, 30. HWE</p>
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 18**Lfd. Nr. 8 Folie 16**

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf die</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung der Vorbildfunktion bei der demographischen Entwicklung <p>AB 1- Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung aller MitarbeiterInnen für die Problematik des Themas durch Fortbildungsveranstaltungen analog zur Einführung der Verwaltungsreform in der Stadtverwaltung • Herstellen eines Konsenses über die Anforderungen der demographischen Entwicklung für die Personal- und Organisationsentwicklung zwischen Amt 11, dem Gesamtpersonalrat der Stadt und Amt 16 • Zielvereinbarungen, Monitoring, Bericht an den Gemeinderat und Öffentlichkeitsarbeit über die Herausforderungen der demographischen Entwicklung im Hinblick auf den Aufbau eines Generationennetzwerkes / Intensivierung der Personal- und Organisationsentwicklung, die den Anforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Chancengleichheit genügt / Erhaltung von Motivation und Flexibilität berufserfahrener MitarbeiterInnen durch entsprechende Fort- und Weiterbildung / Entwicklung des eigenen Führungspotenzials / Förderung der Beschäftigung junger benachteiligter Arbeitskräfte. • Konsequente Umsetzung der „Dienstvereinbarung der Stadt Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann“ im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung
Begründung/ Priorität	<p>Die Veränderungen der Gesellschaft durch den demographischen Wandel sind heute noch nicht spürbar. Allerdings ist es für unsere Stadt und den Wirtschaftsstandort Heidelberg wichtig, dass sich Unternehmen schon heute auf diese Veränderungen einstellen und neben einem attraktiven Arbeitsplatz ein optimales Umfeld für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen. Zur Überzeugung der Unternehmen muss die Stadtverwaltung ihre Vorbildfunktion wahrnehmen</p>
Organisationseinheit	Ämter 11, 12, 13
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 19**Lfd. Nr. 9, 10****Folie 17 + 18**

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der kommunalen Beschäftigungsförderung im Hinblick auf ein frühzeitiges Reagieren der Mehrzahl aller ArbeitgeberInnen in Heidelberg auf die Erfordernisse des demographischen Wandels durch eine geeignete Personal- und Organisationsentwicklung <p>QU 4 - Gleichstellung von Frauen und Männern QU 5 - Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen QU 6 - Integration u. interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische u. religiöse Heterogenität berücksichtigen AB 1 - Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen AB 4 - Stärkung von Mittelstand und Handwerk AB 6 - Produktionsstätten erhalten AB 10 - Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Bestandsaufnahme (aktivierende Befragung) bei Heidelberger Unternehmen und Schlüsseleinrichtungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Vorstellen der Ergebnisse der Befragung im Rahmen thematischer Konferenzen ○ Integration der Ergebnisse der Bestandsaufnahme in das Stadtmarketing • Nachhaltiger Dialog mit Schlüsseleinrichtungen und Unternehmen in HD über die Ergebnisse bzw. Vorteile und Möglichkeiten <ol style="list-style-type: none"> a) der Investition in Kinderbetreuung unter Berücksichtigung eines Ausbaus der Kinderbetreuung von 0 – 14 Jahren, der Notfallkinderbetreuung b) der Erleichterung von Familie und Beruf für Männer und Frauen unter Berücksichtigung erfolgreicher Elternzeitorganisation und familienbewusster Arbeits(zeit)organisation für Frauen und Männer, Unterstützung von Frauen und Männern im Falle der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen c) eines konsequenten Managements für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern d) eines „diversity-Managements“ e) einer längeren Integration älterer ArbeitnehmerInnen sowie Möglichkeiten der Erhaltung von Motivation und Flexibilität berufserfahrener MitarbeiterInnen (z.B. Generationennetzwerk, Fortbildungsmaßnahmen und ehrenamtliche Mentoringmodelle) • Nachhaltige thematische Kooperation mit auswärtigen PartnerInnen

	<ul style="list-style-type: none"> • Anlaufstelle für Rückkehrwillige in Zusammenarbeit mit Universität, Forschungseinrichtungen und Unternehmen schaffen • Gezielten Internetauftritt für die Zielgruppe mit Stellenangeboten schaffen
Begründung/ Priorität	<p>Damit Heidelberg als internationaler Magnet genauso für Eltern und solche, die es werden wollen, wie für hoch-/qualifizierte Fach-, Führungs- und Spitzenkräfte sowie für aus dem Ausland rückkehrwillige Qualifizierte verstanden wird, sollten die Stadt und die in Heidelberg ansässigen Unternehmen sich mit entsprechenden Angeboten für diesen Personenkreis präsentieren können.</p> <p>Im gemeinsamen Austausch können solche Profile erarbeitet und gegebenenfalls Kooperationen entwickelt werden, um den Aufwand einzelner Firmen für entsprechende Angebote zu reduzieren</p>
Organisationseinheit	02, 11, 12, 13, 16, 50, 51
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 20

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der kommunalen Wirtschaftsförderung zur Nutzung wirtschaftsrelevanter Potenziale der Universität <p>Qu 7 – Partnerschaft mit der Universität ausbauen AB 3 – Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Optimale Kooperation zwischen Universität und Stadt entwickeln • Durchführung einer Zukunftswerkstatt zwischen der Universität und der Stadt über Strategien und Maßnahmen der Bewältigung des demographischen Wandels: Vision 2020 • Unterstützung von Ausgründungen der Universität • Vernetzung von Wissenschaft + Mittelstand: <ul style="list-style-type: none"> ○ Institutionalisierung des Wissenstransfers, Wissenschaft und Praxis, Kommunikation von best practice • Moderation der Entwicklung von Fortbildungsangeboten gemeinsam mit Universität und Unternehmen • Zertifizierung (z.B. Audit Beruf und Familie) von Unternehmen durch die Universität • PreisträgerInnen der Universität (Nobelpreise, durch Stiftungen geförderte Studierende u.ä.) angemessen würdigen, internationales Ranking kommunizieren
Begründung/ Priorität	<p>Die Ruprecht-Karls-Universität ist einer der wichtigsten Standortfaktoren Heidelbergs. Außerdem ist die Universität zusammen mit dem Universitätsklinikum die größte Arbeitgeberin in unserer Stadt und als solcher Hauptpartnerin im Wettbewerb der Standorte in Deutschland. Eine optimale Zusammenarbeit ist unerlässlich</p>
Organisationseinheit	01. 02, 13, HWE
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 21

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der kommunalen Wirtschaftsförderung für eine solide Förderung von Existenzgründungen. <p>AB 1 – Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen AB 4 – Stärkung von Mittelstand und Handwerk AB 7 – innovative Unternehmen ansiedeln</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Programm mit der Sparkasse für die Vergabe von Kleinkrediten für ExistenzgründerInnen entwickeln • Krisen zwischen investitionswilligen und administrativen Anforderungen an Gründungen konstruktiv bewältigen durch Institutionalisieren eines proaktiven Konfliktmanagement
Begründung/ Priorität	<p>Vor allem für kleine Unternehmen und Existenzgründer wird es immer schwieriger, Darlehen zu erhalten. Da bei vielen Fördermitteln die Prüfung der Darlehenswürdigkeit einer Bank Voraussetzung für die Gewährung ist, Banken aber wegen des Arbeitsaufwands nur selten Kleinkredite gewähren, scheitern Existenzgründungen schon im Vorfeld.</p>
Organisationseinheit	Referat 02, HWE
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 22

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der kommunalen Wirtschaftsförderung zum Umgang mit Markttrends Markttrends <p>AB 2 – langfristig breites sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenströmen sichern AB 4 – Stärkung von Mittelstand und Handwerk AB 7 – innovative Unternehmen ansiedeln SOZ – geeignete Infrastruktur für alte Menschen</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Initiierung einer Tagung / Messe zum Thema „Wirtschaftsfaktor Gesundheit“
Begründung/ Priorität	<p>Ein höheres Gesundheitsbewusstsein, ein gesteigertes Interesse des Einzelnen an seiner Gesunderhaltung sowie die mit dem Älterwerden der Menschen steigende Nachfrage an Dienstleistungen auf dem Gesundheitssektor lässt Dienstleistungsbedürfnisse mit neuer Qualität entstehen. Auf diesem Markt sind erhebliche Umsätze zu erwarten.</p>
Organisationseinheit	02, 31, HWE
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 23

Ziel – Strategie	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den • Ausbau der kommunalen Berufsbildungspolitik um exzellente berufliche Bildungschancen zu erreichen <p>AB 1 - Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung von Clustern zum Thema Übergang Schule und Beruf (Wirtschaft, nicht berufsbildende Schulen, Arbeitsagentur, Jugendberufshelfer, Amt 16 etc.) • Ausbildungsverbund ausländischer Betriebe. • Neuer Auftrag an HWE in Kooperation mit dem Jugendberufshelfer, Jobcenter, Berufsbörsen organisieren (analog Ausbildungsbörse Mannheim) • Ausbau frühzeitiger Berufswahlorientierung z. B. durch das Projekt „Die Zukunft gehört uns“ für Mädchen und Jungen des Mädchenhausvereins für Hauptschulen. Ausdehnung auf Realschulen und Gymnasien / Evaluation der Praktikumskultur zwischen Schulen / Universitäten und Unternehmen . • Runde Tische und best practice Foren (unter Einbeziehung der Kindertagesstätten und Schulen) zur frühzeitigen Stärkung der Bildungsziele <ul style="list-style-type: none"> - Förderung des Leistungswillens - Abbau von Geschlechtsrollenklischees - Förderung wissenschaftlicher Neugierde - Begeisterung für technische Berufe - Stärkung eines lebendigen Austausches zwischen Schule und Wissenschaft. (Ausbau Kinderuniversität, Ausbau Science goes public u.ä.)
Begründung/ Priorität	<p>Aufgrund der demografischen Entwicklung werden sich Veränderungen im Hinblick auf Nachfrage und Angebot an qualifizierten Arbeitskräften ergeben. Um als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben, wird es immer mehr darauf ankommen, dass ein ausreichendes Angebot an passenden Arbeitskräften zur Verfügung steht. Deshalb ist es wichtig, Schülern bei der Wahl ihrer beruflichen Ausbildung frühzeitig zur Seite zu stehen und sie über Ausbildungsbedarfe, berufliche Angebote sowie Anforderungen zu informieren.</p>

Organisationseinheit	
Zeitraum	
Grobkosten	

Maßnahme 24**Lfd. Nr. 5 +6****Folie 13 + 14**

Ziel – Strategie	<p>Weitere Optimierung der Verwaltungsarbeit im Hinblick auf den</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der kommunalen Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Personengruppen <p>QU 5 – Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen AB 10 – Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken AB 11 – Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Erziehungs- u. Pflegeaufgaben erleichtern AB 12 – (Wiedereingliederung ins Erwerbsleben u. neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen AB 14 – Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben SOZ 1 – Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 9 – Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern SOZ 12 – Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten</p>
Maßnahme/n	<ul style="list-style-type: none"> • Coachingangebote für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche und Geringqualifizierte • Förderung der Jugendbeschäftigung (Ausbau AZUBI-Fonds der Heidelberger Dienste) • Beschäftigungs- und Bildungsangebote für ältere Arbeitslose (50+) • Initiierung des Projekts ‚Neue Chancen für Einelternfamilien‘ durch die Heidelberger Dienste (geplante Finanzierung über Europäischen Sozialfonds –Ziel 3-) • Tandempartnerschaften für behinderte ArbeitnehmerInnen etablieren
Begründung/ Priorität	<p>Durch den demographischen Wandel und den daraus prognostizierten Fachkräftemangel wird ein wesentlicher Aspekt der Bewältigung dieser Entwicklung die Nutzung bzw. Nutzbarmachung von ‚Stillen Reserven‘ wie z.B. die stetig steigende Zahl der allein Erziehenden, die älteren Arbeitskräften, Un-, Angelernte und ‚Lernschwache‘ sowie Behinderte sein. Die Arbeitgeber werden die vorhandenen Erfahrungs-, Organisations- und Innovationspotentiale von momentan benachteiligten Personengruppen wieder für sich entdecken. Daher ist es wesentlich, schon heute, aber insbesondere zukünftig, diese für den Arbeitsmarkt fit zu halten bzw. wieder zu machen, auch durch Anpassung der Rahmenbedingungen. Eine solche Arbeitsmarktpolitik wird angesichts der demographisch bedingten Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials auf Jahrzehnte hinaus nötig sein.</p> <p>Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Förderung der Jugendbeschäftigung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es für alle jungen Menschen immer schwieriger wird, Zugang zu einer Be-</p>

	rufsausbildung zu finden. So gleiten sie schnell in die Arbeitslosigkeit, noch bevor ihr eigentliches Arbeitsleben begonnen hat und werden um die Chance gebracht, zukünftig an einem geregelten Erwerbsleben und einer dadurch bedingten vollwertigen Partizipation an der Gesellschaft teilzuhaben.
Organisationseinheit	11, 16, 50, 51, Jobcenter, HDD
Zeitraum	2006 beginnend (mit einzelnen Maßnahmen)
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Coachingangebote: keine Kosten • Ausbau AZUBI-Fonds: geringe Kosten (reduzierte Ausbildungsvergütungen) • Angebote für ältere Arbeitslose (50+): keine Kosten • Einelternfamilien: keine Kosten (geplante Finanzierung über ESF)

**Maßnahmenblätter der
AG 2**

Maßnahme 1**Lfd. Nr. 11 Folie 5**

Ziel – Strategie	<p>Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas für Kinder und Familien.</p> <p>Optimierung der Rahmenbedingungen für Betreuung, damit ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen garantiert ist.</p> <p>QU 4 +5: Die Gleichstellung von Frau und Mann wird gefördert</p> <p>SOZ 1 Armut bekämpfen</p> <p>SOZ 5: Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung der Betreuungsangebote</p>
Maßnahmen	<p><u>Quantitativer Ausbau der Angebote zur ganzjährigen Betreuung für alle Kinder und Jugendliche, (dabei beziehen wir selbstverständlich behinderte Kinder ein) von Geburt bis zum Berufseintritt (auch außerhalb der Schulzeiten und schulischen Räumen, unter Einforderung der Verantwortung des Landes und des Bundes)</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • 1x jährlich Bedarfserhebung, regelmäßige Fortschreibung und Überprüfung des aktuellen Bedarfs • Schaffung eines bedarfsgerechten, am besten beitragsfreien, Angebotes, gesamtstädtisch und stadtteilbezogen • Informationen über Betreuungsangebote und deren Qualität bei Geburt eines Kinder oder bei Anmeldung einer Familie nach Umzug • Betreuungsangebote in Modulen von Stunden, Tagen und Ferien nach Bedarf, flexible und zentrale Buchung, auch im Internet • Durchführung von Treffen der Träger zur Koordination Planung und Umsetzung der Betreuungsangebote • Zusammenarbeit mit Betrieben und Institutionen aus Wirtschaft und gewerblichem Bereich • Umwandlung von Kita Plätzen für Kinder von 3-6 Jahren in Plätze für Kinder unter 3 Jahren • Ausbau der Plätze insbesondere für Kinder ab 1 Jahr und ganztags • Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot in jedem Stadtteil für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt • die Angebote für Kinder bis zum Alter von 10 Jahren werden in jedem Stadtteil/bzw. schulbezogen umgesetzt • stadtteilbezogene, bzw. schulbezogene Planung und Angebotserstellung (z. B. Museum, Theater, Orchester, Musik und Singschule, Uni, Forstamt, Sportvereine) • Erhebung der Ressourcen der unterschiedlichen Träger, Institutionen, Vereine <p><u>Ausbau des Angebotes an Tagesmütter- und Tagesväterbetreuung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Stelle für die Koordination, Vermittlung und Qualifizierung von Tagesmüttern und Tagesvätern

	<p><u>Einrichtung von Babysitterbörsen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung und Qualifizierung von geeigneten Personen für „Babysitting“ • Nutzung des bürgerschaftlichen Engagements, sowohl für die Betreuungspersonen, als auch deren Qualifizierung <p><u>Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu außergewöhnlichen Zeiten</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfe bei der Vermittlung eines Dienstleistungsangebotes Kinder zu außergewöhnlichen Zeiten, auch kurzfristig zu betreuen (z. B. von Tagesmüttern, durch Partnerschaften, bürgerschaftliches Engagement in sozialen Netzwerken) <p><u>Betreuungsmöglichkeiten für kranke Kinder</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfe bei der Vermittlung eines Dienstleistungsangebotes, mit Beteiligung der Krankenkassen, kranke Kinder Zuhause zu versorgen oder außerhäuslich zu pflegen
Begründung/ Priorität	<p>Dieses Ziel hat oberste Priorität, denn ohne die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für das Erziehen von Kindern und Jugendlichen wird die Überalterung der Gesellschaft nicht aufgehalten.</p> <p>Unter dem Blickwinkel einer kinder- und familienfreundlichen Stadt heißt dies stadtteilbezogene, bedarfsorientiert, flexible Kinderbetreuungsangebote in allen Altersgruppen anzubieten.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • Federführung Amt 51, mitwirkende Ämter 40, • Staatliches Schulamt der Stadt Heidelberg • Alle freien Träger • Betriebe, Gewerbe
Zeitraum	Um- und Fortsetzen bereits begonnener Aktivitäten, von Gesetzen (TAG) und bereits gefassten Gemeinderatsbeschlüssen bis 2010, Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel • Fördermittel • Maßnahmenmittel

Maßnahme 2

Lfd. Nr. 12 Folie 5

Ziel – Strategie	<p>Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas und Unterstützung bei der Entscheidung von Frauen und Männern, zur Familiengründung/Familienbildung. Stärkung der Kompetenzen von Eltern und Unterstützung bei der Übernahme von Verantwortung für das gesunde Aufwachsen ihrer Kinder.</p> <p>QU 4: Gleichstellung von Frauen und Männern und eine Vielfalt der Lebensformen ermöglichen SOZ 3: Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement stärken SOZ 6: Die Interessen von Kindern stärker berücksichtigen</p>
Maßnahme	<p><u>Beitritt der Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ des Familienministeriums</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Nutzung des Beratungsangebotes des Bundesministeriums • Nutzung des bundesweiten Netzwerkes und den Anregungen anderer Kommunen • Aufbau eines Netzwerkes Bündnis für Familien in Heidelberg <p><u>Bereitstellung von angemessenen und preisgünstigem Wohnraum für Familien und Alleinerziehende</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilorientierte Betrachtung und prozentuelle Festlegung für bestehende und neue Stadtteile <p><u>Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle entwickeln und einführen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Modelle aus anderen Kommunen und der Wirtschaft prüfen • ein eigenes Modell für die Stadtverwaltung entwickeln und als beispielgebendes Modell umsetzen • andere Träger und Wirtschaft ebenfalls dazu ermutigen <p><u>Qualifizierte und umfassende Information und Beratung über Sexualität, Partnerschaft, Elternschaft und Elternverantwortung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme der Themen „gelingende Partnerschaft“, Eltern werden, Pädagogik, Gesundheit, Ernährung, Prävention im umfassenden Sinne, Suchtvorbeugung und lebenspraktische Bereiche wie Hauswirtschaft in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen • umfassendes Angebot an Unterricht und Beratung in berufsbildenden Schulen, PH, Uni, Kliniken, freien Trägern, Kirchen, über gelingende Partnerschaft, Elternschaft, Pädagogik, lebenspraktische Bereiche wie Hauswirtschaft, Gesundheit, Ernährung, Prävention, Suchtvorbeugung • Erhebung des Ist – Angebotes der verschiedenen Institutionen, Erhebung des Bedarfes, Erarbeiten der entsprechenden Angebote • Koordination und Umsetzung dieses Beratungs- und Unterstützungsangebote mit den verschiedenen Trägern und Institutionen

	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation von Institutionen mit bestehender guter Infrastruktur wie Uni, Kliniken, Beratungsstellen, Kinderschutzzentrum, Kirchen <p><u>Ausbau eines niederschweligen Beratungs- und Unterstützungsangebotes für Familien</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Elternkompetenz und Stärkung des Wahrnehmens der Elternverantwortung • Ist- Analyse der bisherigen Angebote • Planung und Weiterentwicklung differenzierter Beratungs- und Unterstützungsangeboten • Schaffung eines Netzwerks zur Erstellung eines Konzeptes für Elternbildung und für gezieltes Elterntaining • Aufbau und Koordination von Zuständigkeiten der verschiedenen Träger und Institutionen • Nutzung der vorhandenen Institutionen z. B Geburtskliniken bzw. -stationen, Kindertagesstätten, Tagesmüttern, Schulen als niederschwelliges Angebot <p><u>Systematische Erfassung und evt. Zertifizierung aller Angebote und Maßnahmen für Familien sowie Bereitstellung von Informationen und deren Veröffentlichungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • unterschieden nach Handlungsfelder, wie Beratung, Betreuung, Gesundheit, Erziehung, Bildung, Freizeit, Kultur und Sport, Selbsthilfe und Netzwerke, Behinderung, Migration, Pflege von älteren Angehörigen • Koordination und „Pflege“ eines zentralen und fortlaufenden Informationsangebotes (möglichst stadtteilbezogen, auch durch Internet- und Telefonberatung) <p><u>Förderung von Gesundheit und präventive Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Kooperation der Gesundheitsförderung mit Sportvereinen, Kinderärzten und Kliniken unter Nutzung der Infrastruktur vorhandener Institutionen wie Kindertagesstätten <p><u>Unterstützung bei der Schaffung sozialer Netzwerke</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontakt und Vernetzung Einzelner und bestehender Gruppierungen mit Hilfe der Institutionen im Quartier/Stadtteil durch z. B. Quartiersmanagement, bürgerschaftlichem Engagement • Vermittlung von Partnerschaften • Hilfe zur Selbsthilfe und Stärkung der Eigenverantwortung <p><u>Alternativ Weiter- oder Fortbildung professioneller und bürgerschaftlich engagierter Personen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestandsaufnahme der Angebote • Konzipierung, Koordination und Weiterentwicklung entsprechender Angebote der Stadt, der Freien Träger und Vereine
--	--

Begründung/ Priorität	<p>Dieses Ziel hat oberste Priorität. Familien erbringen für die Gesellschaft vielfältige Leistungen. Sie vermitteln gesellschaftliche und kulturelle Werte und Normen an die nachfolgende Generation. Familien haben ein Interesse am Standort, an dem sie leben und eingebunden sind. Familien sind die Basis einer leistungsfähigen und örtlichen Sozialstruktur. Daher ist es wichtig, die gesellschaftlichen Grundlagen für eine Entscheidung für Kinder und für ein Leben als Familie zu verbessern. Dies kann durch niederschwellige, qualifizierte Information, Beratung und Begleitung, beginnend bei der Familienplanung, unterstützt werden.</p> <p>Die in vielen Bereichen schon begonnenen Umsetzung der Aktivitäten, Gesetze und Gemeinderatsbeschlüsse müssen fortgesetzt und weiterentwickelt werden.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadt Heidelberg unter Einbeziehung der Verantwortung des Landes und des Bundes • mitwirkende Ämter 12, 13, 16, 23, 31, 40, 50, 51, 52, 61 • Kultusministerium, staatliches Schulamt der Stadt Heidelberg, Universität, PH, • Freie Träger, Vereine, Betriebe, Gewerbe, Institutionen, Stiftungen, Bildungsinstitute, PH, Kirchen
Zeitraum	<p>Begonnenen Maßnahmen weiterführen und weiterentwickeln, Daueraufgabe</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel • Fördermittel • Maßnahmenmittel

Maßnahme 3**Lfd. Nr. 13 + 14****Folie 7**

Ziel – Strategie	<p>Ausbau eines ambulanten Netzwerkes zur Stärkung der häuslichen Versorgung und Pflege</p> <p>Bedarfsorientierte Weiterentwicklung von Dienstleistungs- und Pflegestrukturen einhergehend mit der Stärkung und Vernetzung des sozialen Umfeldes</p> <p>SOZ 10 geeignete Infrastruktur für ältere Menschen SOZ 12 Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten QU 5 Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen RK 1 Nachbarschaftliche und kooperative Zusammenarbeit fördern WO 8 Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung des sozialen Umfeldes <ul style="list-style-type: none"> - Aufbau u. Initiierung von Partnerschaften, Freundschaften im Alter, Wohngemeinschaften und Nachbarschaftsgruppen - Präventive Hausbesuche im Alter z.. B. im Zusammenarbeit mit den Hausärzten - Schaffung von intergenerativen und stadtteilbezogenen Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten - Weiterentwicklung von Tauschbörsen (Einkaufsdienste, Nachhilfe, Kinderbetreuung, Blumen gießen) • Initiieren und Anpassen bedarfsorientierter Beratungs – und Betreuungsangebote <ul style="list-style-type: none"> - Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen (Lotsendienst im Hilfenetz) - Ausbau der Tagespflegeangebote / Betreutes Wohnen / BWF (Betreutes Wohnen in Familien) - Bedarfsorientierte Angebote für Kurzzeit-, Urlaubs- und Wochenendpflege schaffen - Stadtteilbezogener Ausbau der Nachbarschaftshilfen - Schaffung bzw. Verbesserung der Hilfe und Versorgung bei Demenzkranken und altersverwirrten Personen (Aufklärung, Vorträge, Begleitung und Entlastung für Kranke, Gefährdete, Angehörige, Helferinnen und Helfer)

	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstorganisation von Senioren stärken - Beratungsnetz und Kontakte zwischen den Generationen knüpfen - Hilfe zur Selbsthilfe - Patenschaften vermitteln (z. B. Pflege von Parkanlagen) - Beteiligung bei Projekten z. B. „Betreutes Wohnen“ - Ausweitung und Stabilisierung des bürgerschaftlichen Engagements <ul style="list-style-type: none"> * „Senioren helfen Senioren“ * Infrastruktur und professionelle Begleitung durch die Stadt sicherstellen (initiiierende und moderierende Funktion) * Schaffung von Anreizen (Erarbeiten von Zeitkontingenten, Bezahlung, Bonussystem, Anerkennung) • Gewinnung und Qualifikation von Multiplikatoren
Begründung/ Priorität	<p>Steigende Lebenserwartung bedeutet mit der Zahl der Hochaltrigen nimmt zeitgleich auch die Zahl der Betreuungs- und Pflegebedürftigen zu. Im Sinne einer Stabilisierung noch vorhandener familiärer Pflegepotentiale scheint es erforderlich eine umfassende Beratung der Betroffenen und ihrer Familien zu erreichen. Daneben müssen bereits wegbrechende familiäre Strukturen (Singularisierung) durch neue tragfähige Modelle unter Beteiligung aller ersetzt werden, damit bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und teure Heimaufenthalte vermieden werden können.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend 50 • Externe Partner: ambulante Dienste, teilstationäre und stationäre Einrichtungen, Schulen, Kindergärten u. a.
Zeitraum	<p>Ab sofort Auf Dauer, unter permanenter Weiterentwicklung und Ausrichtung am veränderten Bedarf</p>
Grobkosten	

Maßnahme 4**Lfd. Nr. 15 + 16**

Ziel – Strategie	<p>Teilhabe am öffentlichen Leben unter optimaler Nutzung vorhandener Infrastruktur bei gleichzeitiger Vernetzung der Generationen</p> <p>Regelmäßige interdisziplinär und intergenerativ besetzte Stadtteilkonferenzen zur Bestandsaufnahme, Bewertung und Zusammenführung vorhandener räumlicher und fachlicher Ressourcen sowie Eruierung weiterer Notwendigkeiten und Umsetzungsmöglichkeiten</p> <p>QU 3 Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern SOZ 10 geeignete Infrastruktur für ältere Menschen KU 7 Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Leben verbessern QU 6 Integration u. interkulturelles Leben konstruktiv gestalten KU 1 Kommunikation und Begegnung fördern SOZ 8 Den Umgang miteinander lernen</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Erfassung und Abgleich vorhandener Angebote und Aktivitäten z.B. Akademie für Ältere / Seniorenzentren / Sportvereine / freie Träger / private, ggfs. kommerzielle Angebote / kulturelle Angebote • quantitative und qualitative Weiterentwicklung aller Freizeitangebote im Stadtteil und von verschiedenen Trägern (z.B. freie Träger, Sportvereine, Museum Theater, Orchester, Musik und Singschule, Uni, Forstamt) • Nutzung neuer Technologien, Schaffung von Medienzugang und -kompetenz • Angebote zur allgemeinen Freizeitgestaltung (Gesprächs- und Besuchsreise, gemeinsam kochen, essen gehen, fernsehen, einkaufen, ...) u.a. im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements (Kontakte und Netzwerke herstellen) • Angebote zur Freizeit- und Urlaubsgestaltung unter Einbeziehung professioneller Anbieter <p>Übergreifend die notwendigen Zugangsvoraussetzungen für eine Teilnahme am öffentlichen Leben schaffen durch das Angebot von:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bring- und Holdiensten • Entlastungsangebote für betreuungsbedürftige Angehörige (Kurzzeitpflege, niedrigschwellige Besuchsdienste, teilstationäre Angebote u.ä.) • einem aktuellen Veranstaltungskalender (Sortierung nach Stadtteilen und Themen)

	<p><u>Sport/Bewegung/Mobilität</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene, auch behinderten und seniorengerechte Angebote, (Schwimmen, Wandern, Rad fahren Tanzen, Walking, Sitz- und Wassergymnastik) erweitern bzw. schaffen, in Abstimmung mit Sportvereinen und sonstigen Anbietern • Gesundheitsförderung: Fitness stärken, Info über altersgerechte Ernährung, Prävention etc. <p><u>Kultur</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • auch stadtteilbezogene Angebotspalette unter Beteiligung der Bürger/innen erweitern, anpassen und gezielt bekannt machen • Informationen dazu und Zugangsmöglichkeiten für alle • Benutzerorientierte Öffnungszeiten / Nachmittagsvorstellungen • Theater- Musik- und Museumsbesuche mit anschließendem gemeinsamen Event z.B. Führungen, Diskussionen, Akteure live erleben... <p><u>Bildung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Angebotspalette unter Beteiligung der Bürger/innen erweitern und anpassen • Medienkompetenz, Sprachangebote, Vorlesungen z. B. Internetkurse für Senioren durch Jugendliche in den EDV-Räumen der Schulen
Begründung/ Priorität	<p>Intergeneratives Miteinander ist meist nicht mehr natürlich vorhanden. Daher muss es „künstlich“ gefördert werden um Verständnis bzw. Zugangsmöglichkeiten untereinander und generationsübergreifend zu schaffen.</p> <p>Der wachsende Anteil der älteren Bevölkerung macht die Anpassung des Angebots erforderlich und gleichzeitig gilt es die Zugangsvoraussetzungen zu erleichtern bzw. zu schaffen.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend 50, 51, 41 • Mitwirkend 13, 42, 31 • Externe Partner: Vereine, Kirchen, VHS, Musik- und Singeschule, ambulante Dienste, professionelle Anbieter: Kulturfenster, Reiseveranstalter
Zeitraum	<p>Ab sofort Auf Dauer, unter Berücksichtigung notwendiger Veränderungen und ständiger Weiterentwicklung</p>
Grobkosten	

Maßnahme 5**Lfd. Nr. 17 Folie 11**

Ziel – Strategie	<p>Stärkung eines aktiven und solidarischen Stadtlebens</p> <p>Erweiterung der Beteiligungsformen für alle Generationen durch Schaffung entsprechender Schnittstellen, die beratende, koordinierende und unterstützende Funktionen übernehmen und initiativ handeln sowie Starthilfe bei Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern geben.</p> <p>QU 3 Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern QU 8 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützen</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Beteiligungsformen weiterentwickeln <ul style="list-style-type: none"> - Veränderte Nutzung und Ausgestaltung von z. B. BBR, Stadtteilrahmenplanung, Zukunftswerkstätten, Stadtteilkonferenzen - Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Institutionen und Organisationen im Stadtteil, wie Stadtteilverein, Kirchen - Entwicklung und Vermittlung von bürgerschaftlichen Engagements - Weiterentwicklung von Tauschbörsen für freiwillige Angebote in Zusammenhang mit bürgerschaftlichen Engagement (z. B. Bonus- und Gutscheinsystem) - Entwicklung von Anreizen und Anerkennungssystemen für bürgerschaftliches Engagement - Schaffung von Personalressourcen zur Umsetzung der genannten Ziele; dem Aufbau, der Qualifizierung, der Koordination und Durchführung von Beteiligungsformen und daraus entwickelter Angebote in Kooperation mit anderen Trägern und bürgerschaftlich engagierten Personen
Begründung/ Priorität	<p>In einer immer mehr individualistisch geprägten Gesellschaft ist es notwendig, das Bewusstsein und die Eigenverantwortung zu fördern und zu unterstreichen und die Notwendigkeit der Eigenverantwortlichkeit und des sozialen Miteinanders bewusst zu machen, indem man den Stadtteilbezug stärkt, ohne ausschließlich fertige Gegebenheiten anzubieten, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet sowie Eigeninitiative fördert</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend : 15 • Mitwirkend 11, 12, 13, 50, 51 • Externe Partner: Institutionen und Vereine vor Ort
Zeitraum	<p>Beginn: sofort Langfristige Maßnahme</p>
Grobkosten	

Maßnahme 6**Lfd. Nr. 18 Folie 11**

Ziel – Strategie	Einrichtung von Stadtteilzentren Erweiterung des Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebotes in allen Stadtteilen durch Schaffung von Anlauf- und Begegnungsstellen für Bürgerinnen und Bürger, die alle mit einem gleichwertigen Leistungsspektrum für alle Generationen ausgestattet und den jeweiligen Gegebenheiten des Stadtteils angepasst sind. SL 3 Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken QU 8 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützen MO 7 „Stadt der kurzen Wege“
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierlicher Ausbau des Angebotes in den Bürgerämtern mit <ul style="list-style-type: none"> - bedarfsorientierten Dienstleistungen - Beratung, Vermittlung von Unterstützung und weiteren Serviceleistungen - Informationsweitergabe, (z. B. Begrüßungsmappe bei Neuanmeldungen mit stadtteilspezifischen Infos Raumvergabe im Stadtteil) - Freier Internetzugang für Bürger zu städtischen Informationen und Leistungen
Begründung/ Priorität	Gute Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote, die den Gegebenheiten in den Stadtteilen und der demographischen Entwicklung angepasst sind, gehören zum Selbstverständnis einer guten Lebensqualität. Den Standard in diesem Bereich zu erhöhen und laufend anzupassen hat hohe Priorität, deshalb soll das Augenmerk auf die Erhöhung der Lebensqualität in diesem Bereichen gelenkt werden, indem man das Angebot erweitert und den Stadtteilbezug stärkt.
Organisationseinheit	Wer setzt die Maßnahme um <ul style="list-style-type: none"> • Federführend 15 • Mitwirkend 11, 13, 50, 51 • Externe Partner: Institutionen und Vereine vor Ort
Zeitraum	Beginn: sofort Langfristige Maßnahme, da sie in den einzelnen Stadtteilen erst nach und nach umsetzbar sind
Grobkosten	

Maßnahme 7

Ziel – Strategie	<p>Gezielte Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendliche zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.</p> <p>Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Erziehungs-, Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien.</p> <p>SOZ 1: Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern</p> <p>SOZ 2: Diskriminierung und Gewalt vorbeugen</p> <p>SOZ 5 Qualitativer Ausbau und Gestaltung der Angebote für Kinder und Jugendliche</p> <p>SOZ 6: Interessen von Kindern und Jugendlichen besser berücksichtigen</p> <p>SOZ 9: Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern</p> <p>SOZ 13: Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen</p> <p>KU 2: Kulturelle Vielfalt bei Kindern und Jugendlichen entwickeln</p>
Maßnahme	<p><u>Qualifizierte Weiterentwicklung der Erziehungs- und Bildungsangebote in den Kindertagesstätten</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Kinder in allen Kompetenzbereichen(körperlich/ motorisch, kognitiv, sprachlich, emotional/motivatorisch, sozial) • Förderung der Kinder in allen Bildungsbereichen (Orientierungsplan B-W) • Förderung der Kinder zu eigenständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten • Förderung bei Entwicklungsrückständen (z. B. gezielte Sprachförderung) • Qualitätsentwicklung unter Nutzung des in Heidelberg vorhandenen Potentials, Schaffung eines Netzwerkes mit Institutionen wie Universität, PH, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulamt, Freie Träger, unter Einbeziehung der Elternvertreter, • Umsetzung dieser Angebote in Kooperation mit Gesundheitsförderung, Gesundheitsamt, Theater, Museum, Musik- und Singschule, Orchester, Landschaftsamt, Forstamt, Sportvereine, etc. <p><u>Qualitative inhaltliche Gestaltung der Ganztagesbetreuung an allgemeinbildenden Schulen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsangebote, Forschen, Lernen, Nachhilfe, Sprachförderung • differenzierte Freizeitangebote im Bereich Bildung, Kultur, Sport, sozialem und umweltbewusstem Engagement • gesellschaftliches, soziales oder umweltpolitisches Engagement der Schulen mit nichtschulischen Institutionen weiterentwickeln • Umsetzung dieser Angebote in Kooperation mit Gesundheitsförderung, Gesundheitsamt, Theater, Museum, Mu-

	<p>sik- und Singschule, Orchester, Landschaftsamt, Forstamt, Sportvereine, NABU, BUND</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhebung der Ressourcen der unterschiedlichen Träger, Institutionen, Vereine und stadtteilbezogene, bzw. schulbezogene Planung <p><u>Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung bei Schulproblemen • Unterstützung Jugendlicher beim Übergang von Schule in den Beruf • durch Kooperationen mit Betrieben, Handwerk und anderen Berufsgruppen den beruflichen Einstieg für Jugendliche verbessern, z. B. Schnupperpraktika ausbauen, auch Ferienarbeit zur beruflichen Orientierung, Patenschaften; Mentoren vermitteln • benachteiligte Jugendliche in ihrer Entwicklung besonders fördern und unterstützen z. B. spezielle Förderprogramme • Gewaltprävention weiter ausbauen <p><u>Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln, sie bei Planungen und Umsetzung angemessen einbeziehen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung der bestehenden Formen wie Stadtteilrahmenpläne, Workshops mit Jugendrat, Schülersprechern und Jugendlichen aus den jeweiligen Stadtteilen • Weiterentwicklung von Veranstaltungen bei denen sich Kinder und Jugendliche darstellen und präsentieren können • themenzentrierte Veranstaltungsreihen von und für Jugendliche und mit in Vereinen und Verbänden engagierten in den Stadtteilen • Jugendlichen mehr Verantwortung für Freiflächen und Räume übertragen, zur möglichst selbstbestimmten Verwirklichung eigener Ideen und Nutzung (z. B. Proberäume für Bands) <p><u>Ausbau der Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche, Familien</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Altersgemäße Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung der Freizeitangebote extra berücksichtigen, sowie Angebote für jedes Alter/jede Altersgruppe schaffen • quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Freizeitangebote von verschiedenen Trägern im Stadtteil (z. B. Museum Theater, Orchester, Musik und Singschule, Uni, Forstamt, Sportvereine, Kirchen) • Ansprechpartner für Jugendliche für z. B. Sport und bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen gewinnen • Schaffung von weiteren Freiflächen und Spielräumen für Kinder, Jugendliche und Familien • Freizeitbeschäftigungen Jugendlicher mit gesellschaftlichem, sozialem und umweltbezogenem Engagement schaffen
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Sinnvolle, bezahlte Erwerbsmöglichkeiten für Jugendliche in den Ferien <p><u>Entwicklung einer eigenständigen Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Nutzung neuer Technologien, Schaffung von Medienzugang • Erlernen von verantwortungsbewusstem Umgang mit Medien, insbesondere Umgang mit den Gefahren dieser Medien und dem Problem der Überschuldung <p><u>Erweiterung der internationalen und interkulturellen Kompetenzen von Jugendlichen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des Jugendaustausches und Partnerschaften zwischen Jugendlichen/Schulen anderer Städte <p><u>Förderung von Gesundheit und präventiven Maßnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Kooperation von Gesundheitsförderung, Gesundheitsamt, Krankenkassen, Sportvereinen, Beratungsstellen, Ärzten und Kliniken mit Kindertagesstätten, Schulen, Jugendhäusern <p><u>Ausbau eines niederschweligen Beratungs- und Unterstützungsangebotes für ältere Kinder und Jugendliche</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhebung von Ressourcen bei unterschiedlichen Trägern, Institutionen und Vereinen zur Planung und Weiterentwicklung differenzierter Beratungs- und Unterstützungsangeboten • Aufbau und Koordination von Zuständigkeiten der verschiedenen Träger und Institutionen für Beratung • Niederschwellige und aufsuchende Beratung (Streetworker), Therapiemöglichkeiten, auch z. B. Suchtprävention und lebenspraktische Unterstützung inklusiv Trainingsprogrammen, z. B für arbeitslose Jugendliche • Koordination eines zentralen und detaillierten Informationsangebotes (Internet- und Telefonberatung) <p><u>Alternativ: Weiter- oder Fortbildung professioneller und bürgerschaftlich engagierter Personen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestandsaufnahme der Angebote • Konzipierung, Koordination und Weiterentwicklung entsprechender Angebote der Stadt, der Freien Träger und der Vereine
Begründung/ Priorität	<p>Dieses Ziel hat oberste Priorität. Eine besondere Bedeutung kommt der Qualitätsentwicklung im Bereich Erziehung und Bildung zu. Der Zugang zum Wissen und die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen sind entscheidend für eine gute Zukunft unserer Kinder, der wichtigsten Ressource unserer Gesellschaft. Nur eine frühe individuelle Förderung und die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten in allen Kompetenzbereichen, stärkt die Persönlichkeit junger Menschen und ermöglicht, ihre vielfältigen Potentiale optimal zu entwickeln. Dies erhöht die Chance auf einen Arbeitsplatz und ermöglicht die aktive Teilhabe und Gestaltung unserer Gesellschaft.</p>

	<p>Die umfassende und breit gefächerte Bildung und Erziehung aller Kinder und Jugendlichen sind die Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Veränderung unserer Gesellschaft. Das setzt ein gutes Zusammenwirken aller Sozialpartner, Schulen und Betriebe voraus. Besonders wichtig ist es Jugendlichen den Übergang von allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung und den Beruf zu erleichtern. Ein besonderes Augenmerk gilt den benachteiligten Jugendlichen.</p> <p>Die in vielen Bereichen schon begonnenen Umsetzung der Aktivitäten, Gesetze und Gemeinderatsbeschlüsse müssen fortgesetzt und weiterentwickelt werden</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführung bei Amt 51, mitwirkende Ämter 31, 40, 41, 42, 44, 45, 46, 50, 52, 61, 67, 68 • Staatliches Schulamt der Stadt Heidelberg, Freie Träger • Vereine, Betriebe, Gewerbe, Institutionen, Stiftungen, Bildungsinstitute, Universität, PH, Kirchen
Zeitraum	Begonnenen Maßnahmen weiterführen und weiterentwickeln, Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • Personal • Sachmittel • Fördermittel • Maßnahmenmittel

Maßnahme 8**Lfd. Nr. 19 Folie 13**

Ziel – Strategie	<p>Anpassung des öffentlichen Raumes an veränderte Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren</p> <p>SL 6 Flächen effektiv nutzen SL 8 Groß- und kleinräumige Freiflächen erhalten und weiterentwickeln SL 11 Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen WO 6 Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche KU 1 Kommunikation und Begegnung fördern</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung vorhandener Flächen auf ihre aktuelle Nutzung und einer ggfs. notwendigen Anpassung an den aktuellen Bedarf • Sicherung und Weiterentwicklung vorhandener Frei- und Bewegungsflächen im Stadtgebiet (Sicherheitsaspekte, Gestaltung) • Ausreichende Anzahl zu Fuß erreichbarer, barrierefreier Grünanlagen auch als intergenerativer Begegnungsraum mit Bewegungsflächen und Spielgeräten für Kinder/Jugendliche (Trampolin, Klettergerüst, Torwand) und Erwachsene (Bouleplatz) • Ballungsgebiet Neckarwiese entzerren und entlang des Neckars erweitern • Geschützte Freiflächen als Freizeitanlagen z. B. mit Grillbereichen, für Kindergeburtstage etc. nutzbar machen
Begründung/ Priorität	<p>Sinkende Bevölkerungszahlen werden dazu führen, dass der Bürger seinen Wohnort noch stärker als bislang von dessen Angeboten abhängig macht. Ausreichender und attraktiv gestalteter „Öffentlicher Raum“ trägt maßgeblich zu Standortstärkung bei.</p> <p>Daneben gilt es generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, da diese natürlich gewachsen zunehmend seltener vorhanden sind.</p> <p>Weiterhin könnte dies ein Baustein sein die Geburtenrate positiv zu beeinflussen, wenn es hierüber gelingt die Angebote für Familien qualitativ zu verbessern.</p>
Organisationseinheit	<p>Wer setzt die Maßnahme um</p> <ul style="list-style-type: none"> • Federführend: 61 • Mitwirkend: 66, 67, evtl. 50, 51 • Externe Partner: ggfs. Bürger/-innen im Rahmen des bürgerschaftl. Engagements bei Pflege und Erhalt der Flächen
Zeitraum	<p>Sofort: Bestandsaufnahme und Bewertung des vorhandenen Raums und der aktuellen Nutzung Daueraufgabe, da ständiger Bedarf an Anpassung und Weiterentwicklung</p>
Grobkosten	

Maßnahme 9**Lfd. Nr. 20 + 21****Folie 15**

Ziel 5 – Strategie	<p>Schaffung eines neuen Stadtteils „Bahnstadt“</p> <p>Bereits in der Planungsphase sowie in den anderen Zielfeldern die Belange Kinder, Jugendlicher und Erwachsener zu berücksichtigen.</p> <p>QU 2 Investitionen fördern, die gleichermaßen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen aufweisen SL 10 Barrierefrei bauen WO 1 Wohnraum für alle WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO 8 Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche SOZ 10 geeignete Infrastruktur für ältere Menschen</p>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Patenschaften in unterschiedlichen Themenbereichen initiieren <ul style="list-style-type: none"> - Politik, Parteien - Kirche, gesellschaftl. Gruppierungen - Öffentlicher Bereich wie Kommune, Finanzamt • Multifunktionale Nutzbarkeit von Räumlichkeiten (Stadtteilzentrum) und Strukturen (Grünflächen) unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Intergenerativ, zentrale Lage, Sicherheitsaspekte, Barrierefreiheit • Entwicklung inhaltlichen Angebotsstrukturen unter Beteiligung Aller • Anreize schaffen durch Beratung, sonstige Unterstützung und finanzieller Art damit auch bei privaten Bauten übergreifende Belange wie Barrierefreiheit, ausreichende Grünflächen etc. berücksichtigt werden • Frühzeitig städtisches Beratungs- und Serviceangebot im Stadtteil installieren (Stadtteilzentrum) • Umfassende stadtteilbezogene Infrastruktur (Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Schulen, Seniorenheim, Einkauf vor Ort, etc.) schaffen • Stadtteilidentifikation durch die Vermittlung von Patenschaften für Bänke, Bäume, Blumenkübel herstellen
Begründung/ Priorität	<p>Der Bau und die Ausgestaltung eines neuen Stadtteils bietet die Chance einerseits auf gut funktionierende bewährte Strukturen zurückzugreifen aber auch notwendige Ergänzungen und Neuentwicklungen von Beginn an zu berücksichtigen. Durch die frühzeitige Einbindung aller Bevölkerungsgruppen kann ein Stadtteil entstehen, der den Zuzug begünstigt und damit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und einer damit einhergehenden Überalterung entgegenwirkt.. Je attraktiver, „bezahlbarer“, kinder-, familien- und seniorenfreundlicher der neue Stadtteil ausgestaltet wird um so eher wird dies gelingen.</p>

Organisationseinheit	Wer setzt die Maßnahme um <ul style="list-style-type: none">• Projektgruppe Bahnstadt
Zeitraum	Planung : Sofort Umsetzung: Daueraufgabe, Evaluation
Grobkosten	

**Maßnahmenblätter der
AG 3**

1.1 Wohnungspolitik – WOHNEN FÜR ALLE

Ziel – Strategie	Bedarfsgerechten Wohnraum im Bestand schaffen (Umbau, Sanierung, Abriss/Neubau) SL5: Innen vor Außenentwicklung SL6: Flächen effektiv nutzen SL10: Barrierefrei bauen WO2: Preiswerten Wohnraum schaffen und sichern WO6: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO9: Ökologisches Bauen fördern
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Sanierungs-, Umbau bzw. Abrisshemmnissen • schnellere Entscheidungswege
Begründung/ Priorität¹ <p style="text-align: center;">①</p>	<p>Ein Großteil des Wohnungsbestands in Heidelberg hat erheblichen Entwicklungsbedarf und –potenzial. Ein nicht unerheblicher Teil der Bestände ist in baulicher, qualitativer und energetischer Hinsicht nicht mehr zeitgemäß.</p> <p>Es gibt überproportional viele 2-Zimmer-Wohnungen, die bezüglich der Größe dem demographischen Wandel zwar Rechnung tragen; aber aufgrund ihre Lage, Ausstattung, Erreichbarkeit usw. den Wünschen der Wohnungsnachfrager nicht entsprechen.</p> <p>Sinnvolle Sanierungen, Modernisierungen bzw. Abriss- und Neubau-maßnahmen scheitern oftmals aufgrund bestehender Auflagen (z.B. Schall- und Wärmeschutz), überzogener baurechtlicher Anforderungen (Tiefgaragenbau etc.) und denkmalschutz-rechtlicher Belange.</p> <p><u>Folgen:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die wohnungs- bzw. wohnungsbau-politischen Ziele aus dem WEP bzw. der Heidelberger „Lokalen Agenda 21“ können nicht umgesetzt werden. 2. zunehmende Abwanderungstendenzen der Nachfrager 3. intakte Mieterstrukturen brechen auseinander
Organisationseinheit	<p>Stadt Heidelberg sollte eventuell in Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohnungsunternehmen und Institutionen (Bezirksbeiräte etc.) eine Beratungsstelle anbieten, die bei absehbaren problembehafteten Maßnahmen vorab Lösungen mit allen Beteiligten erarbeitet. Verhandlungen sollten zu einem für alle Beteiligten tragbaren verbindlichen Vertrag führen.</p>
Zeitraum	<p>kurzfristig</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal :</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 2

Wohnungspolitik – WOHNEN FÜR ALLE

Ziel – Strategie	Bedarfsgerechten Wohnraum schaffen SL5: Innen vor Außenentwicklung WO2: Preiswerten Wohnraum schaffen WO4: Verdrängungsprozesse verhindern WO6: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten
Maßnahme	Ergebnisse der Wohnungsmarktstudie für Heidelberg von 2002 analysieren und konsequent in die weiteren Planungen einbeziehen.
Begründung/ Priorität¹	<p>Die Heidelberger Stadtteile unterscheiden sich sehr stark hinsichtlich ihrer Wohnqualität und Bewohnerstrukturen und müssen daher differenziert betrachtet werden. Während in den beliebten Wohngebieten (z.B. Weststadt, Neuenheim, Handschuhsheim etc.) offensichtlich ein Mangel an Wohnraum besteht, werden in anderen Stadtteilen (z.B. Emmertsgrund etc.) Wohnungen trotz günstiger Mietpreise nicht nachgefragt.</p> <p>Bei der Entwicklung von Neubaugebieten oder neuen Stadtteilen muss sehr genau geprüft werden, was z.B. der Bau von „Sozialwohnungen“ bewirkt und ob ein entsprechender Bedarf in Heidelberg tatsächlich gegeben ist. Es muss verhindert werden, dass durch den Neubau von geförderten Wohnungen andere Stadtteile faktisch „entmietet“ werden. Erreicht man mit den Bebauungsplänen, Vorgaben und Konzepten tatsächlich die Personengruppe, die man wieder nach Heidelberg zurück holen will (junge, hochqualifizierte Haushalte) oder fördert man nur den Umzug von Familien, die in anderen Stadtteilen stabilisierend auf die dortigen Bewohnerstrukturen einwirken.</p>
Organisationseinheit	<i>Federführend:</i> Die entsprechenden Fachämter der Stadt Heidelberg sollten zusammen mit Bauträgern und den örtlichen Wohnungsunternehmen auf der Grundlage eigener Erhebungen und der o.g. Wohnungsmarktstudie Strategien für jeden einzelnen Stadtteil sowie für Neubaugebiete (Bahnstadt etc.) entwickeln.
Zeitraum	kurzfristig
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal :</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 3**Wohnungspolitik – WOHNEN FÜR ALLE**

Ziel – Strategie	Wohnumfeld und soziale Infrastruktur im Interesse aller gestalten WO6: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO7: Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur
Maßnahme	Etablierung eines Quartiermanagements für problembehaftete bzw. neue Stadtteile.
Begründung/ Priorität¹ ①	Ein Quartiersmanager kann, wie das Beispiel Emmertsgrund zeigt, sehr viel zur Stabilisierung eines Stadtteils beitragen. Insbesondere für die „Bahnstadt“ sollte frühzeitig ein Quartiersmanager eingesetzt und in die Planungen einbezogen werden.
Organisationseinheit	<i>Federführend:</i> Stadt Heidelberg
Zeitraum	kurzfristig
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal :</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN

Ziel – Strategie	Umlandabwanderung insbes. von Familien mit Kindern entgegenwirken und Zuzug fördern. WO 1 Wohnraum für alle WO 2 Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen WO 4 Verdrängungsprozesse verhindern WO 7 Schaffung einer angemessenen soz. Infrastruktur
Maßnahme	Aufstockung des bestehenden Wohnungsentwicklungsprogramms (WEP) und Bereitstellung erforderlicher zusätzlicher Haushaltsmittel zur verstärkten Gewährung von Zinszuschüssen (für Darlehen zur Schaffung von Wohneigentum) sowie zur Bezuschussung von Mieten (Subjektförderung).
Begründung/ Priorität¹ <p style="text-align: center;">①</p>	Sollten die alternativen Maßnahmen der Kooperation (vgl. Regional- und Flächenentwicklung) nicht greifen, sollte eine Kooperation mit den Umlandgemeinden zu aller Wohl nicht möglich sein, muss Heidelberg seine Attraktivität steigern. Allein der Standort, der Name und das was man mit Heidelberg positiv in Verbindung bringt, reichen nicht aus, das große Flächenangebot und die relativ geringen Grundstückspreise der Nachbargemeinden zu kompensieren. Die Einführung der S-Bahn und aller ÖPNV-Optimierung hat diesen Prozess der Attraktivitätssteigerung der Nachbargemeinden paradoxerweise verstärkt. Deshalb muss Heidelberg alle Möglichkeiten ausschöpfen, um nicht bevölkerungsmäßig zu verlieren und darüber hinaus noch die Infrastruktureinrichtungen für die Region zu finanzieren. Eine Möglichkeit ist die Aufstockung des Budgets des vorhandenen WEP durch eigene Haushaltsmittel.
Organisationseinheit	<i>Federführend: Amt 63</i>
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal:</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 5**Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN**

Ziel – Strategie	<p>Umlandabwanderung insbesondere von Familien mit Kindern entgegenwirken und Zuzug fördern. Dem Problem „wenig Bauland/ zu hohe Preise entgegenwirken.</p> <p>WO 1 Wohnraum für alle WO 2 Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen WO 4 Verdrängungsprozesse verhindern</p>
Maßnahme	Abschluss einer Vereinbarung zur Sicherung der Wohnungsversorgung von am Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalten mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften.
Begründung/ Priorität¹ ①	<p>Das Auslaufen von Belegungsbindungen bei Sozialwohnungen verringert immer weiter den Bestand an preisgünstigem Wohnraum und gefährdet die Versorgung benachteiligter Haushaltsgruppen, die sich auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt nicht selbst mit Wohnraum versorgen können. Ausgleich durch Neubau kann bei Weitem nicht geschaffen werden, da die Flächen und Mittel hierfür fehlen.</p> <p>Die (ehemals gemeinnützigen) Heidelberger Wohnungsbaugesellschaften sollen dazu bewogen werden, einen Teil ihres Bestandes spezifischen Haushalten anzubieten.</p>
Organisationseinheit	<i>Federführend: Amt 63</i>
Zeitraum	2005 / 2006
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal:</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 6

Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN

Ziel – Strategie	<p>Der Umlandabwanderung insbesondere Familien mit Kindern entgegenwirken (Stabilisierung der sozialen Durchmischung) - Erreichen einer Balance in der Wohnungsbaupolitik zur Attraktivität Heidelbergs für alle Bevölkerungsschichten, Verslumungstendenzen entgegenwirken</p> <p>SOZ 1 Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 2 Diskriminierung und Gewalt vorbeugen SOZ 3 Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern SOZ 8: den Umgang miteinander lernen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p>
Maßnahme	<p>Konzepterstellung und Einrichten einer Personalstelle Quartiersmanagement. Danach soll Quartiersmanagement in der Bahnstadt beginnen, danach in den durch die US-Streitkräfte freiwerdenden Wohngebieten.</p> <p>Hinweis: hier ist die Stadt schon auf dem richtigen Wege, in der Bahnstadt wird ein Quartiersmanagement eingerichtet!</p>
Begründung/ Priorität¹ <p style="text-align: center;">①</p>	<p>Quartiersarbeit ist soziale Arbeit, bei der die Förderung einer positiven und nachhaltigen Stadtteilentwicklung das Ziel der Arbeit ist. Bei der Quartiersarbeit geht es um Ressourcen im Stadtteil, um Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerschaft, um Stärkung der Selbsthilfe und Prozesse der Selbstorganisation sowie um Vernetzung und Zusammenarbeit von Institutionen und Akteuren vor Ort. Quartiersmanagement bietet sich insbesondere an beim Aufbau neuer Stadtteile und in Quartieren mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf.</p> <p>Wirkungen im Stadtteil können sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikation mit dem Stadtteil „ich wohne gerne hier“ • Förderung des Zusammenlebens • Stabilisierung der Bewohnerstruktur • Unterstützung der Integration • Aufbau von niedrigschwelligen Beteiligungsstrukturen • Verortung von Engagement • Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend</i>: Amt 50 oder 51
Zeitraum	<p>Daueraufgabe, ab sofort</p>
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal</i> : • <i>Sachmittel</i>: • <i>Fördermittel</i>: • <i>Maßnahmenmittel</i>:

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 7**Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN**

Ziel – Strategie	<p>Der Umlandabwanderung insbes. Familien mit Kindern entgegenwirken</p> <p>SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes , der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche</p> <p>SOZ 13 Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p> <p>WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p>
Maßnahme	<p>Aktionsräume für Kinder unter den Aspekten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugänglichkeit • Gefahrlosigkeit • Gestaltbarkeit • Interaktionschancen <p>durch die Weiterentwicklung des Spielflächenkonzepts gestalten.</p> <p>Dabei einzubeziehen ist die Verkehrsregelung, die Verkehrsberuhigung, das Kinderwegenetz, das Fahrradwegenetz, die Vernetzung von Spielorten und Vielfalt von Spielorten</p>
Begründung/ Priorität¹	<p>Die Wohnsituation von Kindern, die Quantität und Qualität von Spiel- und Freiräumen und die verkehrlichen Verhältnisse in der Stadt haben erhebliche Auswirkungen auf die physische und psychische Entwicklung der jungen Menschen.</p> <p>Eltern werden ihre Entscheidung, ob sie nach Heidelberg ziehen oder in Heidelberg bleiben unter anderem davon abhängig machen, wie ihre Kinder in Heidelberg aufwachsen können und zu einem gesunden Aufwachsen gehören für junge Menschen ausreichend erreichbare und attraktive Aktionsräume.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend</i>: Amt 67 • <i>Mitwirkend</i>: Amt 51, Verkehrsreferat • <i>Externe Partner</i>: Kinderbeauftragte, Kinder und Jugendliche
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal</i> : • <i>Sachmittel</i>: • <i>Fördermittel</i>: • <i>Maßnahmenmittel</i>:

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN

Ziel – Strategie	<p>Der Umlandabwanderung insbesondere Familien mit Kindern entgegenwirken (Stabilisierung der sozialen Durchmischung) - Erreichen einer Balance in der Wohnungsbaupolitik zur Attraktivität Heidelbergs für alle Bevölkerungsschichten, Verslumungstendenzen entgegenwirken</p> <p>SOZ 1 Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern SOZ 2 Diskriminierung und Gewalt vorbeugen SOZ 3: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern SOZ 8 den Umgang miteinander lernen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p>
Maßnahme	Konzepterstellung Sozialplanung und die Stelle eines/einer Sozialplaners/-in als Stabsstelle des Dezernats III einrichten.
Begründung/ Priorität¹	<p>Das Thema Wohnen betrifft alle Bevölkerungsgruppen; herausgegriffen hier: alte Menschen, behinderte Menschen, Migranten/-innen, Familien mit Kindern.</p> <p>Das Thema Wohnen betrifft nicht nur die Wahl des Stadtteils und der Wohnung, sondern genauso die soziale Infrastruktur (Einrichtungen und Freiflächen), die Sicherheit im Wohnumfeld, die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Wohnumfelds und die Stabilisierung einer ausgewogenen sozialen Durchmischung.</p> <p>Das Thema Wohnen betrifft nicht nur die Wahl des Stadtteils und der Wohnung, sondern genauso die soziale Infrastruktur (Einrichtungen und Freiflächen), die Sicherheit im Wohnumfeld, die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Wohnumfelds und die Stabilisierung einer ausgewogenen sozialen Durchmischung.</p> <p>Dies alles Bedarf einer Planung, die sich nicht mit den vorhandenen Fachbereichsplanungen deckt, da aufgrund der Personengruppen mehrere Fachbereiche beteiligt sind.</p> <p>Hierher gehört die Sozialplanung.</p> <p>Sozialplanung ist eine Querschnittsaufgabe und beinhaltet Fachplanungen oder Teilbereichsplanungen wie Jugendhilfeplanung oder Altenhilfeplanung führt diese zusammen, stimmt sie aufeinander ab und erweitert sie mit dem Blick auf das ganze Gemeinwesen.</p> <p>Durch den Prozess der Sozialplanung sollen verschiedene Interessen an der Gestaltung des Zusammenlebens in einer Stadt artikuliert, abgestimmt werden und durch politische Vorgaben, durch Verwaltungsentscheidungen, durch Vereinbarungen bestimmter Ziele und Maßnahmen umgesetzt, begleitet, kontrolliert und fortgeschrieben werden.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Dezernat III • <i>Mitwirkend:</i> Amt 50 + 51 + 40 • <i>Externe Partner:</i>
Zeitraum	Daueraufgabe, ab sofort

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Grobkosten	<ul style="list-style-type: none">• <i>Personal :</i>• <i>Sachmittel:</i>• <i>Fördermittel:</i>• <i>Maßnahmenmittel:</i>
-------------------	---

Maßnahme 9**Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN**

Ziel – Strategie	<p>Der Umlandabwanderung insbesondere Familien mit Kindern entgegenwirken</p> <p>SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes , der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche</p> <p>SOZ 6 Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen</p> <p>SOZ 13 Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p> <p>WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p>
Maßnahme	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Wohnumfeldes und ihrer Aktionsräume durch verschiedene Methoden, wie mit der Kamera durch das Wohnumfeld, Interviews, Workshops
Begründung/ Priorität¹	<p>Beteiligung von Kindern und Jugendlichen heißt ihre Interessen ernst nehmen und sie bei der Umsetzung ihrer Anliegen zu unterstützen. Kinder/Jugendlichen, die dies erfahren, fühlen sich in ihrer Wohngegend wohl.</p> <p>Eltern, die davon wissen, werden dies bei der Entscheidung nach Heidelberg zu ziehen oder von Heidelberg wegzuziehen wohlwollend pro Heidelberg berücksichtigen.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 51 • <i>Mitwirkend:</i> Amt 67 • <i>Externe Partner:</i> Kinderbeauftragte, junge Menschen
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal:</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 10**Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN**

Ziel – Strategie	Der Umlandabwanderung insbesondere Familien mit Kindern entgegenwirken SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes , der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche SOZ 13 Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur
Maßnahme	Im Rahmen der Bauleitplanung die Kinderfreundlichkeitsprüfung umsetzen in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Bedarf an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur • Spielorte und Flächen im Plangebiet • Standorte von Spielflächen und (sozialen)Infrastruktureinrichtungen • Vielfalt der Nutzungen • Kinder und Verkehr
Begründung/ Priorität¹ ①	Die Wohnsituation von Kindern, die Quantität und Qualität von Spiel- und Freiräumen und die verkehrlichen Verhältnisse in der Stadt haben erhebliche Auswirkungen auf die physische und psychische Entwicklung der jungen Menschen. Da die Stadt Heidelberg nicht die Masse an beispielbaren Freiflächen im Verhältnis zu den Umlandgemeinden zur Verfügung hat, muss sie durch die Kinderfreundlichkeitsprüfung im Rahmen der Bauleitplanung sicherstellen, dass alle oben genannten Bereiche ausreichend abgedeckt sind. Denn Eltern werden ihre Entscheidung, ob sie nach Heidelberg ziehen oder in Heidelberg bleiben unter anderem davon abhängig machen, wie ihre Kinder in Heidelberg aufwachsen können und wie sie Erwerb und Familie gut miteinander vereinbaren können.
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 61 • <i>Mitwirkend:</i> Amt 51 • <i>Externe Partner:</i>
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal :</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 11

Wohnungspolitik - FAMILIE MIT KINDERN

Ziel – Strategie	Flexibilität bei Wohnbauten, Flexibilität bei Infrastrukturbauten, Variabilität in der Nutzung AB 11 Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben erleichtern AB 12 (Wieder-)eingliederung ins Erwerbsleben und neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen SOZ 5 Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes , der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche WO 3 Wohnungsbau und Beschäftigungspolitik verknüpfen
Maßnahme	Bei öffentlichen Bauten Selbstbindung der Stadt, die Maßnahme, die zur Flexibilität der Nutzung dienen einplanen und beim Bau umsetzen. Bei Bauten von Freien Trägern , die Zuschüsse von der Stadt erhalten, Flexibilität bei Infrastrukturbauten als Auflage in die Verträge einbauen. Die privaten Bauherren durch Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren) und Beratung gewinnen, die Flexibilität (dazu gehört auch Barrierefreiheit) bei Wohnbauten zu berücksichtigen.
Begründung/ Priorität¹ ①	Aufgrund der demographischen Entwicklung und einem wirtschaftlichen Einsatz der Ressourcen sollten Infrastrukturbauten in ihrer Nutzung variabel sein. Eine Kindertagesstätte muss auch als Familienzentrum nutzbar sein oder gar in eine Freizeitstätte für Senioren umgewandelt werden können. Um Eltern zu ermöglichen, erwerbstätig zu sein und Ihre Kinder zu versorgen oder ihre eigenen Eltern zu pflegen, sollten Wohnungen sowohl zum Wohnen als auch zum Arbeiten dienen. Entsprechende technische Anschlüsse müssen vorgesehen sein und der Zuschnitt der Wohnungen muss den doppelten Anforderungen genügen.
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 23, • <i>Mitwirkend:</i> Amt 61 • <i>Externe Partner:</i>
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal :</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 12

Wohnungspolitik - ALTE UND BEHINDERTE MENSCHEN – GESAMTMAßNAHME

Ziel –Strategie	<p>Soziodemographischer Trend - aus: Stadt der Zukunft, Demographischer Wandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • “Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren nimmt stark zu, darunter vor allem die Zahl der 80jährigen und Älteren” (SEITE 2) • „Vor allem altengerecht gestaltete Wohnungen in Verbindung mit Serviceleistungen und integrierten Diensten werden künftig verstärkt nachgefragt werden. Auch Wohnformen, die generationsübergreifendes Wohnen unterstützen, sollen stärker ermöglicht werden. (...) der Bedarf an öffentlich geförderten und preisdifferenziertem Wohnraum (wird) groß sein (...) (SEITE 7) <p>Seniorengereignetes und seniorenrechtliches, behindertengereichtes und behindertengereichtes Wohnen schaffen und erhalten (vgl. Broschüre „Wohnen im Alter“, Seite 8).</p> <p>QU 5: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung</p> <p>RK 1 Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern</p> <p>RK 2: Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrs- politischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern</p> <p>SL 3 Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken</p> <p>SL 5 Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung</p> <p>SL 10 Barrierefrei bauen</p> <p>SOZ 1 Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern</p> <p>SOZ 3 Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p> <p>SOZ 10 Geeignete Infrastruktur für alte Menschen</p> <p>SOZ 12 Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten</p> <p>WO 1 Wohnraum für alle</p> <p>WO 2: Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen</p> <p>WO 6: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p> <p>WO 7: Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p> <p>WO 8: Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten</p>
Gesamtmaßnahme	<p>Umwandlung des Wohnservice für Ältere in eine Fachstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ angesiedelt am Technischen Bürgeramt, mit folgenden Handlungsfeldern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf- und Ausbau eines Wohnungskatasters (vgl. Einzelmaßnahme Seniorenwohnen 1.9.1) • Wohnberatung und –anpassungsberatung vorhalten (vgl. Einzelmaßnahme Seniorenwohnen 1.9.2) • Beratung und Begleitung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen (vgl. Einzelmaßnahme Seniorenwohnen 1.9.3) • Beteiligung bei der Planung von Vorhaben des Betreuten Wohnens/ Wohnen mit Service; Transparenz der Angebote sichern und

Maßnahme 12

	<p>Qualitätssicherung für den Verbraucher anregen (Qualitätssiegel Ba-Wü) (vgl. Einzelmaßnahme Seniorenwohnen 1.9.4)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gemeinschaftliche Wohnformen - Ansprechpartner und Informationsgeber für Baugemeinschaften (vgl. Einzelmaßnahme Seniorenwohnen 1.9.5) • Umfassende Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Broschüren, Internet, Veranstaltungen)
<p>Begründung/ Priorität¹</p> <p style="text-align: center;">①</p>	<p>Wohnraum ist nur begrenzt vorhanden und der Neubau wird in der geplanten Größenordnung den Bedarf für die Personengruppen der älteren und/oder behinderten Menschen nicht decken können. Die meisten älteren Menschen möchten in ihrer angestammten Wohnung möglichst lange - am liebsten bis zum Lebensende – unabhängig und selbständig leben. Abgesehen von schweren Erkrankungen und/oder Behinderungen beginnt der Hilfebedarf eines älteren Menschen – infolge natürlicher Alterungsprozesse - fast immer in der Verbindung von architektonischen Gegebenheiten mit körperlichen Einschränkungen. Die Selbstständigkeit wird dadurch vermindert und Hilfe von Dritten (meist kostenpflichtig) erforderlich.</p> <p>Um die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im häuslichen Bereich möglichst lange zu erhalten, eignen sich im Bereich des Wohnens diverse Einzelmaßnahmen (s. 1.3.1 – 1.3.5). Diese sind in ihrer Gewichtung gleichrangig, weil sie unterschiedliche Zielgruppen erreichen.</p> <p>Eine Fachstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ bündelt und koordiniert die genannten Aufgaben/Einzelmaßnahmen.</p> <p>Ein Teil der genannten Einzel-Maßnahmen wird derzeit in Ansätzen durch den Wohnservice für Ältere durchgeführt bzw. koordiniert., was keinen Rückschluss auf den tatsächlichen Bedarf zulässt.</p> <p>Da der Aufgabenbereich dem Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit („Sozialamt“) angegliedert ist, findet derzeit nur ein kleiner Teil der Interessenten den Weg in die Beratungsstelle. Nur im Ausnahmefall sind das jüngere behinderte Menschen, Investoren, Handwerker oder Vermieter. Der Bezug des Aufgabenbereichs zum „Sozialamt“ wird für die Bevölkerung nicht deutlich. Eine Anbindung an das Technische Bürgeramt könnte die unterschiedlichen Zielgruppen folgerichtiger erreichen.</p> <p>Die genannten Aufgaben bedingen und beeinflussen sich gegenseitig. Der Publikumsverkehr (Beratungen) ist Grundlage für die Feststellung von Bedarfen und für die Korrektur und Anpassung der Inhalte an aktuelle Entwicklungen und Bedarfe unerlässlich.</p> <p>Die Fachstelle ist Ansprechpartner und Planungsbeteiligte.</p> <p>Die statistisch erfassten Beratungsinhalte lassen Rückschlüsse auf den Bedarf zu, die von beteiligten Abteilungen und Ämtern für weitere Planungen und Maßnahmen genutzt werden können. Die Fachstelle hat beraterrische und informationsgebende Funktion</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur Barrierefreiheit bei Neuplanungen und zum Bedarf (Standort und Zielgruppe) • zu Serviceleistungen (Betreutes Wohnen) und Qualitätssicherung

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

Maßnahme 12

	<ul style="list-style-type: none"> • bei der Transparenz der Angebote (Vergleichsanalysen) • in der Einzelfallhilfe <p>Die Vorteile (Zusammenfassung):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachstelle ist Anlaufstelle für alle Nutzer-Altersklassen, nicht nur für Senioren auch für jüngere Menschen sowie Planer und Handwerker • Fachstelle ist Berater und/oder Koordinator bei/von Prozessen und Entwicklungen in der Einzelfallhilfe und bei Projekten • Die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Ämtern wird intensiviert
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 63 i.V.m. 11 • <i>Mitwirkend:</i> Amt 50, 61, 63, 23, GGH • <i>Externe Partner:</i> Technischer Mitarbeiter, Wohnungsbaugesellschaften, Handwerker, Investoren, Architekten, Pflegekassen u.a.
Zeitraum	Daueraufgabe, ab sofort
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal:</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

Maßnahme 13**EINZELMAßNAHME – alte und behinderte Menschen - WOHNUNGSKATASTER**

Ziel – Strategie	<p>Seniorengereignetes und seniorengerechtes, behindertengereignetes und behindertengerechtes Wohnen schaffen und erhalten</p> <p>QU 5 Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung</p> <p>RK 1 Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern</p> <p>RK 2 Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrs- politischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern</p> <p>SL 3 Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken</p> <p>SL 5 Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung</p> <p>SL 10 Barrierefrei bauen</p> <p>SOZ 1 Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern</p> <p>SOZ 3 Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p> <p>SOZ 10 Geeignete Infrastruktur für alte Menschen</p> <p>SOZ 12 Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten</p> <p>WO 1 Wohnraum für alle</p> <p>WO 2 Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p> <p>WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p>
Einzelmaßnahme	<p>Auf- und Ausbau eines Wohnungskatasters für Heidelberg</p> <p>Untersuchung des Wohnungsbestandes nach vorgegebenen Kriterien, die seniorengereignetes bis rollstuhlgerechtes Wohnen ermöglicht. 2004 wurde bereits mit ausgewählten Wohnungen der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) begonnen.</p> <p>3 Stadtteile (Boxberg, Emmertsgrund und Kirchheim) sind untersucht und EDV-mäßig erfasst. Derzeit sind weitere Stadtteile in Bearbeitung. Der Aufbau des Katasters soll sich ausweiten und andere Wohnungsbau-gesellschaften einbeziehen. Ferner sind private Vermieter zur Mitarbeit zu gewinnen.</p>
Begründung/ Priorität s. Gesamtmaßnahme	<p>Die Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen steigt. Immer mehr ältere Menschen wollen vorsorgen oder eine Veränderung der Wohnsituation wird nötig, weil eine Mobilitätsbehinderung (z.B. durch Unfall, Schlaganfall u.a.) eintritt und das Haus nicht mehr selbständig das Haus verlassen oder aufgesucht werden kann.</p> <p>Der Neubau von Wohnungen, die den Kriterien der Barrierefreiheit entsprechen, werden auch in den kommenden Jahren den Bedarf nicht decken können.</p> <p>Somit fallen weiter Kosten im Bereich der Versorgung und Pflege an, die allein durch baulich/technische Gegebenheiten entstehen.</p> <p>Von der Annahme ausgehend, dass im Bestand durchaus geeignete Wohnungen vorhanden sind (ggf. auch durch Umbau), wurde mit dem</p>

Maßnahme 13

	<p>Aufbau eines Katasters begonnen.</p> <p>Vorausgehende Recherchen haben gezeigt, dass keine Wohnungsbau-gesellschaft weiß, ob die Wohnungen den definierten barrierearmen oder –freien Kriterien im Detail entsprechen. Somit ist eine gezielte Wohnungsvermittlung kaum möglich. Man weiß z.B., dass ein Fahrstuhl vorhanden ist, aber nicht, ob zum Erreichen des- sen eventuell 3 Stufen zu überwinden sind. Um solche Kriterien zu er- fassen, ist eine zeit- und personalintensive Untersuchung vor Ort er- forderlich.</p> <p>Zur Zeit wird die Untersuchung von Studenten des Instituts für Geront- ologie Studiums-begleitend unentgeltlich durchgeführt. Eine Auf- wandsentschädigung ist derzeit nicht vorgesehen, könnte den Ergeb- niserhalt hingegen beschleunigen (Gewinnung weiterer Mitarbeiter).</p> <p>Ziele/Ergebnisse/Vorteile nach Katalogisierung der Wohnungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrale, unabhängige Anlaufstelle für Suchende • Zielgerichtete Wohnungsvermittlung (Standortsuche) • Bessere Versorgung spezieller „Notfälle“ durch gezielte Vermittlung an Vermieter • Aufzeigen von fehlenden Angeboten (stadtteilbezogen) • Hinweise für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Fachstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ • <i>Mitwirkend:</i> GGH, Studenten verschiedener Fachrichtungen, ehrenamtlich tätige Architekten u.a. • <i>Externe Partner:</i> Wohnungsbaugesellschaften, Immobilienbesitzer (z.B. Versicherungsgesellschaften), private Vermieter, Investoren u.a.
Zeitraum	Daueraufgabe, ab sofort
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal</i> s. Gesamtmaßnahme • <i>Sachmittel</i> spez. EDV-Programm (Vergabe) • <i>Fördermittel</i> Stiftungsmittel für Technischen Mitarbeiter • <i>Maßnahmenmittel</i>

Maßnahme 14**EINZELMAßNAHME – alte und behinderte Menschen - WOHNBERATUNG**

Ziel – Strategie	Wohnberatung und –anpassungsberatung vorhalten QU 5: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung SL 10: Barrierefrei bauen SL 5: Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung SOZ 12: Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten WO 2: Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen WO 6: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten
Einzelmaßnahme	Wohnberatung und –anpassungsberatung vorhalten Inhalte sind: <ul style="list-style-type: none"> • Einzelfallberatung zur Klärung von: <ul style="list-style-type: none"> - Wohnformen im Alter und Wohnangeboten in Heidelberg - welches davon ist im Einzelfall geeignet und gewünscht • Vermittlung von entsprechenden Ansprechpartnern • Klärung von Umbaumöglichkeiten und Hilfsmitteln, die den Verbleib in der Wohnung sichern • Abklären von Finanzierungsmöglichkeiten • Begleitung von Umbaumaßnahmen durch technischen Mitarbeiter • Ansprechpartner für Handwerker, Investoren, Architekten u.a. bei Neubau-, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen • Öffentlichkeitsarbeit
Begründung/ Priorität s. Gesamtmaßnahme	Die Wohnung wird im Alter immer wichtiger und muss sich den verändernden Bedingungen anpassen können. Abgesehen von schweren Erkrankungen und Behinderungen, nehmen mit den Jahren natürlicherweise Körperkraft und Beweglichkeit ab und/oder es vermindern sich Hör- und Sehfähigkeit. Diese natürliche und kaum vermeidbare Abnahme physischer Fähigkeiten wird im ungünstigsten Fall noch durch Folgen degenerativer Erkrankungen verstärkt oder möglicherweise ergänzt durch Reduktion von Merkfähigkeit, Konzentrations- und Reaktionsvermögen. Infolge baulich und/oder technisch unzureichender Bedingungen kann somit ein Hilfebedarf entstehen, der mit dem Verlust von Selbstständigkeit, Abhängigkeit von Dritten und erheblichen Kosten einhergeht. Wohnberatung hilft, herauszufinden, ob eine Veränderung sinnvoll, notwendig und gewünscht ist und wie diese aussehen könnte. Der/die WohnberaterIn ist außerdem Ansprechpartner für Fachleute wie Handwerker, Architekten, Planer von Neubauten, Sanierungen u.a. Umfassende Informationen zur Barrierefreiheit und den Anforderungen an seniorengeeignetes/ -gerechtes und behindertengerechtes/ -gerechtes Bauen und Wohnen liegen ebenso vor wie Erfahrungs- und statistische Werte und zu aktuellen Bedarfen.

Maßnahme 14

	<p>Wohnungsanpassungsmaßnahmen helfen Selbständigkeit und Selbstbestimmung zu erhalten und/oder wiederherzustellen, vermeiden Pflegebedürftigkeit, sichern den Verbleib in der Wohnung und vermeiden baulich/technisch bedingte Zusatzkosten.</p> <p>Die Erfahrung zeigt, dass das Umsetzen geeigneter Maßnahmen durch die Handwerkerschaft nicht immer der Notwendigkeit und dem Bedarf entspricht. Eine fachlich unabhängige Beratung und Begleitung von solchen Maßnahmen bedeutet für den Betroffenen Transparenz, Sicherheit und Zusatzkosten.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Fachstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ • <i>Mitwirkend:</i> Technischen Mitarbeiter • <i>Externe Partner:</i> Vermieter, Pflegekassen, Amt 50 u.a.
Zeitraum	Daueraufgabe, ab sofort
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal</i> • <i>Sachmittel</i> s. Gesamtmaßnahme • <i>Fördermittel</i> • <i>Maßnahmenmittel</i>

Maßnahme 15

EINZELMAßNAHME - alte und beh. Menschen - NEUBAU- UND SANIERUNGSMABNAHMEN

Ziel – Strategie	<p>Seniorengerechtes und seniorengerechtes, behindertengerechtes und behindertengerechtes Wohnen schaffen und erhalten</p> <p>RK 2 Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern</p> <p>SL 5 Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung SL 10 Barrierefrei bauen</p> <p>SOZ 10 Geeignete Infrastruktur für alte Menschen SOZ 12 Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten</p> <p>WO 1 Wohnraum für alle WO 2 Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO 7 Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur</p>
Einzelmaßnahme	<p>Beratung und Begleitung bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen - Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mindeststandards für seniorengerechtes und seniorengerechtes Wohnen (DIN 18024 Teil 2) definieren • Mindeststandards für rollstuhlgeeignetes und rollstuhlgerechtes Wohnen (DIN 18024 Teil 1) definieren • Deren Anwendung anregen durch beraterische Beteiligung bei Neubau und Sanierungsmaßnahmen • Die Umsetzung von Mindeststandards der Barrierefreiheit konsequent anregen • Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter und Institutionen in der Planung rechtzeitig gewährleisten (Kommunikationswege überschaubar machen) • Unabhängige Unterstützung in Konfliktsituationen (z.B. bei Entmietung) • Öffentlichkeitsarbeit
Begründung/ Priorität s. Gesamtmaßnahme	<p>Die bislang bundesweit gemachten Erfahrungen der Wohnberatungsstellen haben gezeigt, dass Handwerker und Architekten sich zwar zunehmend dem Merkmal „Barrierefreiheit“ widmen, die Ausführungen im Einzelnen aber oft nicht den Bedürfnissen des Betroffenen gerecht oder wichtige Elemente einfach vergessen werden (Bsp: fehlender 2. Türspion für Rollifahrer). Deshalb wurden vor allem in NRW und in Ba-Wü Wohnberatungsstellen geschaffen (und gefördert).</p> <p>Die Anwendung der DIN 18025 ist zudem gerade bei Umbauten zum Teil nicht praktikabel (z.B. Denkmalschutz) oder die Anwendung stellt für den Nutzer eine Überversorgung dar und ist gar nicht gewünscht. Beispielsweise fordert die DIN bei Wohnungen für Rollstuhlfahrer immer eine bodengleiche Dusche. Für die Mieter sind diese Wohnungen häufig nicht attraktiv, weil sie das unerwünschte Flair einer „Behindertwohnung“ erhalten. Ein Investor, der diese Erfahrungen gemacht</p>

Maßnahme 15

	<p>hat, wird nicht bereit sein, barrierefreie Wohnungen im Sinne der DIN zu bauen!</p> <p>Viel sinnvoller ist die Einhaltung von Mindeststandards und im Neubau das Vorsehen bestimmter Grundausstattungen (z.B. im Bad einen bodengleichen Wasserablauf vorsehen, aber eine Badewanne installieren). So kann später mit geringem finanziellen Aufwand leicht nach Bedarf umgerüstet werden.</p> <p>Behinderungen und damit verbundene körperlich bedingte Funktionseinschränkungen können nicht standardisiert werden. Deshalb ist immer eine individuelle Anpassung sinnvoll. Aber: Flexible Grundrisse der Wohnung, ausreichend breite Türen auch im Bad und Einhalten von variablen Grundbedingungen bei der Bauplanung können später aufwändige Umbaumaßnahmen und Kosten vermeiden helfen.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Fachstelle „barrierefreies Bauen und Wohnen“ • <i>Mitwirkend:</i> Technischer Mitarbeiter • <i>Externe Partner:</i> alle Maßnahmebeteiligten wie Handwerker, Architekten, Vermieter, Investoren, Mieter u.a.
Zeitraum	Daueraufgabe
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal</i> • <i>Sachmittel</i> • <i>Fördermittel</i> • <i>Maßnahmenmittel</i>

Maßnahme 16

EINZELMAßNAHME - alte und behinderte Menschen - BETREUTES WOHNEN

Ziel – Strategie	<p>Betreutes Wohnen in jedem Stadtteil <u>für alle</u></p> <p>QU 5 Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung</p> <p>RK 2 Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern</p> <p>SL 1 Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken</p> <p>SOZ 1 Ausgrenzung verhindern SOZ 10 geeignete Infrastruktur für alte Menschen</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten WO 8 Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten</p>
Einzelmaßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Durchmischung bestehender und künftiger Wohnanlagen des Betreuten Wohnens zugunsten von Schwellenhaushalten (Ersatzwohnungen, mittelbare Belegung) • Transparenz der Angebote gewährleisten, Qualitätssicherung anregen (Qualitätssiegel Ba-Wü)
Begründung/ Priorität s. Gesamtmaßnahme	<p>Die Durchbrechung der bisherigen Fördersystematik ist nötig. Schwellenhaushalte (übersteigendes Einkommen beim Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins) haben bislang keine Möglichkeit, in eine geförderte Wohnanlage einzuziehen zu können. Die Wohnanlagen im Eigentumsbereich sind in der Regel zu teuer (Anschaffung oder auch bei Vermietung). Gelingt es, dennoch eine teure Wohnung zu finanzieren, besteht die Gefahr, dass, wenn der Hilfebedarf einen gewissen Umfang erreicht, öffentliche Gelder in Anspruch genommen werden müssen (Hilfe im Haushalt, Hilfe zur Pflege), weil zur Versorgung nunmehr die persönlichen finanziellen Mittel ausgeschöpft sind.</p> <p>Betreutes Wohnen/Wohnen mit Service ist ein Angebot, das vor allem jenseits der 80-Jahre-Altersgrenze ein attraktives Angebot ist. Die Namensgebung verspricht jedoch derzeit der/dem Interessenten mehr als die eigentliche Konzeption vorsieht („da kümmert sich Jemand...“). Der Begriff ist nicht definiert, so dass die Ausgestaltung der Betreuungsleistungen höchst unterschiedlich ist. Für den Verbraucher ist ohne unabhängige Beratung keine Transparenz gegeben. Unsicherheiten und spätere Unzufriedenheiten sind dann die Folge. Mindeststandards im Sinne einer verbraucherfreundlichen und bedarfsorientierten Qualität sollen hier definiert, transportiert und deren Umsetzung angeregt werden.</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Fachstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ • <i>Mitwirkend:</i> Amt 63 • <i>Externe Partner:</i> Investoren u.a.
Zeitraum	Daueraufgabe

Maßnahme 16

Grobkosten	<ul style="list-style-type: none">• <i>Personal:</i>• <i>Sachmittel:</i>• <i>Fördermittel:</i>• <i>Maßnahmenmittel:</i>
-------------------	--

Maßnahme 17

EINZELMAßNAHME - alte und behinderte Menschen - GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN

Ziel – Strategie	<p>Gemeinschaftliche Wohnformen (Hausgemeinschaften, Integriertes Wohnen, Wohngemeinschaften, generationsübergreifende Projekte etc.) unterstützen</p> <p>QU 5 Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen</p> <p>RK 1 Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern</p> <p>SOZ 3 Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p> <p>WO 6 Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten</p>
Einzelmaßnahme	<p>Fördermöglichkeiten für Projekte mit Mischfinanzierung</p> <p>Mietzuschüsse für die Mieter Erwerb von Genossenschaftsanteilen } für konkretes Projekt</p>
Begründung/ Priorität s. Gesamtmaßnahme	<p>Gemeinschaftliche Wohnprojekte sind von Interessierten für Interessierte initiiert. Aus der Erfahrung von zahlreichen Wohnprojekten im Bundesgebiet ist bekannt, dass hier aktive Nachbarschaft gelebt wird und gegenseitige Unterstützungsleistungen selbstverständlich sind. Die Bewohnerschaft in den Projekten ist vielfältig und hängt jeweils von der Zielsetzung jeder einzelnen Initiativgruppe ab.</p> <p>Manchmal scheitern diese Gruppen in der Initiativphase, wenn sie keine Unterstützung bei der strukturellen Planung und/oder Konfliktbewältigung finden.</p> <p>Sind diese Hürden überwunden und die Initiativen treten in die Realisierungsphase ein, stellt sich die Frage, wie unterschiedliche finanzielle Verhältnisse getragen werden können. Hier gibt es bislang keine Förderprogramme oder Rahmenbedingungen. Für die Gruppen bedeutet dies „einen langen Atem“ haben, viel Zeit und Kraft aufzuwenden, um sich im Behördenschwermel zurecht zu finden und auf sich aufmerksam zu machen.</p> <p>Der Zugang zu Gemeinschaftliche Wohnprojekten muss unabhängig von individuellen finanziellen Ressourcen möglich sein.</p> <p>Das Zeitminimum für die Realisierung (bis Baubeginn) eines solchen Projektes liegt bei mindestens 5 Jahren. Für Gruppenmitglieder jenseits der 70 oft zu lange, weil die Suche nach Sicherheit steigt und „die Zeit drängt“</p>
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 63; Fachstelle „Bauen und Wohnen“ • <i>Mitwirkend:</i> Amt 23 u.a. • <i>Externe Partner:</i> Projektbeteiligte
Zeitraum	<ul style="list-style-type: none"> • Daueraufgabe

Maßnahme 17

Grobkosten	<ul style="list-style-type: none">• <i>Personal</i>• <i>Sachmittel</i>• <i>Fördermittel</i>• <i>Maßnahmenmittel</i>
-------------------	--

Maßnahme 18**Wohnungspolitik und Flächenentwicklung - ZUSAMMENARBEIT**

Ziel – Strategie	Erreichen einer Balance in der Wohnungsbaupolitik zur Attraktivität HD' s für alle Ausgewogene Siedlungsentwicklung in der Region, verstärkte regionale Kooperation und interkommunale Zusammenarbeit RK 1 Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern RK 2 Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern WO 10 Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes auf regionaler Ebene
Maßnahme	Zusammenarbeit mit der Stadt Eppelheim zur künftigen Besiedelung und Nutzung der Siedlung „Patrick Henry Village“
Begründung/ Priorität¹ ③	Durch den drohenden Abzug der amerikanischen Streitkräfte besteht die Gefahr eines Einbruchs des Heidelberger Wohnungsmarktes auf dem Sektor der preisgünstigen Wohnungen. Eine Integration in den Heidelberger Wohnungsmarkt scheint für das Patrick Henry Village ungleich schwerer zu sein, als für das Mark Twain Village. Leerstände sind zu befürchten. Durch ein auch für Eppelheim attraktives Wohngebiet unmittelbar an der Gemarkungsgrenze mit vorhandener, evtl. ausbaubarer Infrastruktur wäre eine sinnvolle Besiedelung und Nutzung möglich und es könnte eine weitere Zersiedelung auf Eppelheimer Gemarkung verhindert als auch dessen Interesse nach ausreichend Wohnraum gewahrt werden. Die entstehenden Vorteile bzw. Kosten werden durch Rahmenvereinbarung geteilt.
Organisationseinheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Federführend:</i> Amt 61, ggf. Kontaktaufnahme über OB oder Dez. II, • <i>Mitwirkend:</i> Amt 12 und 63 • <i>Externe Partner:</i> Nachbargemeinde, Nachbarschaftsverband
Zeitraum	Nach einer Entscheidung über den Abzug der amerikanischen Streitkräfte
Grobkosten	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Personal:</i> • <i>Sachmittel:</i> • <i>Fördermittel:</i> • <i>Maßnahmenmittel:</i>

¹ Priorität: ① = besonders wichtig ② = sehr wichtig ③ = wichtig

